

A. Schäffle

Die Quintessenz

des
Sozialismus

Fünfundzwanzigste Auflage



Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha 1920

Drei wertvolle historisch-politische Neuerscheinungen

Verfasser:

Erwin Dörzbacher

Die deutsche Sozialdemokratie und die nationale Machtpolitik bis 1914

Preis M. 18.—

Die erste wissenschaftlich-kritische Untersuchung dieser hochinteressanten Frage aus der Entwicklungsgeschichte der deutschen Sozialdemokratie, zugleich zugleich einmal eine an konkrete Anhaltspunkte gebundene Klärung des Verhältnisses zwischen Sozialismus und Imperialismus.

Adam Röder

Der deutsche Konservatismus und die Revolution

Preis M. 6.65

„Dass es einen Konservatismus gibt, der so wie Adam Röder die Sprache des Geistes und der Menschlichkeit führt, ist eine Angelegenheit, die jenseits aller Parteifragen steht und die Aufmerksamkeit der Verständigen in allen Lagern verdient.“ Frankfurter Zeitung.

Georg Brandes

Der Tragödie zweiter Teil Der Friedensschluss

„Brüden“ Band IV / Preis M. 0.65

„Eine Reihe vorzüglicher Gelegen zum Friedensschluss. Eine treffliche Kenntnis und die sichere Urteilsgabe des Gelehrtenreichen geben dem Dänen Georg Brandes das Mäßige in die Hand, um den ganzen Konflikt aus Tageslicht zu heben, der sich unter einer Decke schöner Schloßworte und verführerischer Zirkelverwicklungen verborgen hält.“ Die neue Zeit.

Verlag Friedrich Andreas Perthes A. G. Gotha

Die Quintessenz des Sozialismus

Von

Dr. A. Schäffle

Fünfundzwanzigste Auflage



Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha 1920

Gesetzliche Schutzformel
gegen Nachdruck und Übersetzung in den Vereinigten Staaten:
Copyright 1920 by Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha

Alle Rechte, einschließlich des Übersetzungsrechtes, vorbehalten

Vorwort zur ersten Auflage.

Die folgende kleine Schrift ist erstmals (1874) in den „Deutschen Blättern“ erschienen und durch den Wunsch der Redaktion dieser Monatschrift veranlaßt, einem gemischten, auch aus vielen Theologen bestehenden Publikum ein fachwissenschaftlich begründetes und doch gemeinverständliches Bild von den volkswirtschaftlichen Konsequenzen des neuesten Sozialismus zu entwerfen. Die Arbeit hat Aufsehen erregt, als sie in den „Deutschen Blättern“ erschien, und wird auf Wunsch der Verlags-handlung in gegenwärtiger Form einem weiteren Kreise der Öffentlichkeit zugeführt. In dieser Form hat sie nur der größeren Deutlichkeit wegen einige Änderungen, namentlich eine durchsichtigere Einteilung des Stoffes erfahren. An dem fachlichen Inhalt war keine Modifikation nötig.

Vorwort zur dreizehnten Auflage.

Die Schrift bleibt auch in dieser neuen Auflage fast unverändert und beschränkt sich wie bisher darauf, den wirtschaftlichen Gedankenkreis des radikalen Sozialismus dem allgemeinen Verständnis zu erschließen. Sie ist und bleibt Darstellung der wirtschaftlichen Seite des zeitgenössischen Sozialismus und drängt die Kritik fast ganz zurück.

Den politischen, erzieherischen, ethischen und religiösen Inhalt der sozialdemokratischen Weltanschauung hat der Verfasser an anderer Stelle dargelegt. Ebenda hat er weiter eine vollständige

Kritik versucht und die positive Bekämpfung des demokratischen Sozialismus eingehend erörtert*).

Schon nach seiner wirtschaftlichen Seite hat der demokratische Sozialismus, wie er seit mehr als zwanzig Jahren die Parteiprogramme der deutschen Arbeiterwelt beherrscht und bis zur Erfüllung der gerechten Forderungen positiver Sozialreform noch länger beherrschen wird, zwei im Prinzip der Verteilung des Ertrages der Gesamtproduktion sich unterscheidende Formulierungen gefunden. Erst wollte (Eisenacher Programm von 1869) jedem genau der volle Gegenwert seiner Arbeitsbeiträge zur Kollektivproduktion als Einkommen zugeteilt werden, seitdem aber (Gothaer Programm von 1875) wollen alle zur Arbeit nach ihren Kräften gleich verpflichtet werden, wogegen sie zum Güterbezug „nach den vernünftigen Bedürfnissen“ gleichberechtigt sein sollen. Der radikale Sozialismus ist also seinem Programme nach seit 1875 reiner Kommunismus geworden. Wir halten uns auch in gegenwärtiger Auflage weder genau an die frühere nichtkommunistische, noch an die spätere kommunistische Formulierung des sozialdemokratischen Güterzuteilungsprogrammes, berühren aber in der folgenden Auflage gelegentlich beide. Daß weder das eine, noch das andere Zuteilungsprinzip realisierbar ist, das erstere aber dem unverbrüchlichen Grundsatz aller Volkswirtschaft, der Verhältnismäßigkeit zwischen Arbeitsleistung und Gütereinkommen praktisch weit näher kommt, ist in meiner oben angeführten Schrift (3. Aufl.) genauer nachgewiesen.

Schon aus dem Folgenden, noch mehr aus der eben erwähnten Schrift ergibt es sich, daß die sozialistische Hauptidee öffentlicher Grundorganisation der Güterhervorbringung und des Güterumfahes auch eine nicht radikale, nicht demokratische, nicht die ganze Volkswirtschaft verschlingende Ausgestaltung zuläßt. Dieser „Sozialismus“ ist längst da und breitet sich zusehends aus. Je mehr die private kapitalistische Organisation der Volks-

*) „Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie“. Dritte Auflage. Tübingen, Laupp, 1891.

wirtschaft sich vom Standpunkte der Gesellschaft aus als leistungsunfähig erweist, je mehr sie auf der Spitze ihrer Entwicklung in Großmonopole auslaufend die Garantien der Konkurrenz für die Gesamtheit einbüßt und abwirft, desto mehr mag dieser „praktische“ Sozialismus an äußerer Verbreitung und innerer Durchbildung gewinnen. Meines Dafürhaltens ist eine noch stärkere Hinüberbildung der Volkswirtschaft der Zukunft aus der kapitalistischen Organisation in die Formen des Vereinswesens (Konsumvereine!) und in die Formen des öffentlichen Rechtes (Körperschafts-, Gemeinde- und Staatsanstalten) — eine Eventualität, welcher der Staatsmann mit der größten Ruhe entgegensehen kann, sofern nur bei dieser teilweisen und schrittweisen Umbildung die Erreichung höchster Wirtschaftlichkeit und die ewig notwendige „Trennung der Volkswirtschaft vom Staat“, bzw. die „Dezentralisation“ verstaatlichter Betriebe, als maßgebende Gesichtspunkte von der Gesetzgebung und von der Verwaltung behandelt werden. Das Nähere über diese letztere Ansicht ergeben meine kleinen Schriften: „Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie“ (3. Aufl. 1891) und die „Bekämpfung der Sozialdemokratie ohne Ausnahmegesetz“ (1890)*.

Mit Rücksicht auf das gegenwärtige Vorwort entfallen die Schlußbemerkungen (Abschnitt IX) früherer Auflagen.

September 1891.

A. Schäffle.

*) Bei Laupp, Tübingen.

Die 14. bis 25. Auflage sind unveränderte Abdrucke der vorhergehenden.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
I. Der sozialistische Grundgedanke im ersten Umriß	1
II. Die Agitationsmittel. Die sozialistische Kritik des Kapitals. Der Profit als „Mehrwertaneignung“. Das „Eigentum als Diebstahl“. Beseitigung falscher Auslegungen dieser Sätze. Eventuelle Ablösung des modernen Großbesitzes	11
III. Die Umgestaltung der einzelnen Grundeinrichtungen heutiger Volkswirtschaft: Die Bedarfsbestimmung. Die Freiheit der letzteren. Die Organisation der Arbeit und des Kapitals zur Kollektivproduktion. Beseitigung weiterer falscher Auslegungen. Unbrauchbarkeit der reinen Kostenwerttheorie für eine praktisch durchführbare Kollektivorganisation von Arbeit und Kapital	21
IV. Fortsetzung: Beseitigung aller Leihkapitale, des Kredits, des Pachtens, der Miete, der Börse	35
V. Fortsetzung: Abschaffung des Warenhandels und Warenmarktes, des Annoncen- und Schaustellungswesens	38
VI. Fortsetzung: Abschaffung des Metallgeldes als Tauschmittels und Ersatz desselben als „Wertmaßes“ durch Einheiten der „gesellschaftlichen Arbeitszeit („Arbeitsgeld“). Die Werttaxe des Sozialstaates gegenüber dem heutigen Marktpreis	42
VII. Fortsetzung: Die sozialistische Tauschwertbestimmung und die Freiheit der Arbeit im Sozialstaat	49
VIII. Fortsetzung: Einkommen und Einkommensgebrauch zur Vermögensbildung und zur Verzehrung. Privateigentum und Privatrecht. Familienleben und Ehe. Spar- und Versicherungswesen. Ausgaben für Wohltätigkeit, Humanität, Religion und andere ideale Güter	53
Schluß	64

I.

Seit der zweiten Wahl zum Deutschen Reichstag spukt das „rote Gespenst“ bis in die letzte Bierstube. Aber merkwürdig, nicht bloß in der Welt der Kannegießer, sondern weit hinauf in die Reihen der „besitzenden und gebildeten Klassen“, ja sogar weitherum im Kreise der sozialistischen Parteigänger selbst sind der Kern und das Ziel der sozialistischen Propaganda noch fast unbekannt. Wir überzeugen uns täglich, daß eine Unsumme von falschen Vorstellungen, von ebenso maßlosen Hoffnungen als übertriebenen Befürchtungen auf diesem Gebiete wuchert. Die Hasser, die Verächter, namentlich aber zahllose Gläubige des „neuen Evangeliums“ selbst haben keinen rechten, zum Teil nicht den entferntesten Begriff von der Sache, die sie fürchten, oder verabscheuen, oder geringschätzen, oder in den Himmel erheben.

Bei so verworrenem Zustande der öffentlichen Meinung ist sicherlich das erste, was not tut: die präzise Kenntnis vom Wesen und Ziel der sozialistischen Neugestaltung, insbesondere die Zerstreung der einlullenden falschen Vorstellungen und die Vernichtung der sich selbst täuschenden Ignoranz. Richtige Kenntnisse auf diesem Felde zu fördern, ist die Absicht der folgenden „Quintessenz des Sozialismus“. Manchen Leser der „Deutschen Blätter“ hoffen wir durch ein scharf gezeichnetes Bild dieser Frage uns doch zu verbinden, wenn wir ihn vielleicht in der Sache selbst auch unangenehm überraschen. Wenigstens glauben wir aus um-

fassenden und durchaus vorurteilslosen Studien heraus Aufklärung geben zu können. Wenn wir uns täuschen, so ist es nicht absichtliche Selbsttäuschung. Die Wahrheit über alles!

Gehen wir sogleich mitten hinein in die Bewegung. Fassen wir — unter vorläufiger Beiseitelassung ihrer vorübergehenden agitatorischen Außenseite, ihrer religiösen und politischen Begleiterscheinungen und Begleitenden, ihrer provisorischen Schlagwörter — zuerst nur den volkswirtschaftlichen Kern des Sozialismus ins Auge.

Wirtschaftlicher Art ist ja ohne Zweifel die Angelegenheit, sie bildet wenigstens in erster Linie eine „Magenfrage“, sie ist Erzeugnis eines fundamentalen Umschwunges in der Organisation des sozialen Stoffwechsels, eine volkswirtschaftliche Erscheinung, die aus dem Umsturz des kleinbürgerlichen Produktions- und Erwerbssystems hervorsticht, und folgerichtig ist auch das Ziel der sozialistischen Bewegung in erster Linie auf eine fundamentale Umgestaltung der bestehenden Volkswirtschaft gerichtet, wie von allen Seiten zugegeben ist.

Die volkswirtschaftliche Quintessenz des sozialistischen Programmes, das eigentliche Ziel der „internationalen“ Arbeiterbewegung lautet nun:

Ersetzung des „Privatkapitals“ (d. h. der spekulativen, sozial nur durch freie Konkurrenz geregelten privaten Produktionsweise) durch das „Kollektivkapital“, d. h. durch eine Produktionsweise, welche auf Grund kollektiven, d. h. gesamtgesellschaftlichen Eigentums aller Mitglieder der Gesellschaft an den Produktionsmitteln eine einheitlichere (soziale, „kollektive“) Organisation der Nationalarbeit durchführen würde. Diese „kollektivistische“ Produktionsweise würde die heutige Konkurrenz beseitigen, indem sie die kollektiv (sozial, kooperativ) durchführbaren Teile der Güterhervorbringung unter eine öffentliche Leitung stellen und unter derselben Leitung auch die Verteilung des gemeinsamen („gesellschaftlichen“) Produktes aller an alle — nach dem Maße der Arbeitsleistung eines jeden oder (kommunistisch) nach den „vernünftigen Bedürfnissen“ — vornehmen würde.

Das ist, auf den kürzesten Ausdruck gebracht, das Ziel des

heutigen Sozialismus, wie verschieden und bei einzelnen Führern selbst noch unklar der Weg zu diesem Ziel gedacht werden mag.

Statt daß gegenwärtig jeder, welcher Kapital besitzt, frei (privatim) einen Teil der nationalen Totalproduktion aus Privatinteresse übernimmt („unternimmt“) und nur an dem sozusagen hydrostatischen Gegendruck aller anderen Gewinnkonkurrenten einen sozialen Einfluß erleidet, wäre im Sozialistenstaat das Organisationsmittel aller Güterhervorbringung und Güterzirkulation (d. h. „das Kapital“, der Inbegriff der Produktionsmittel) von Anfang an im Gemeinbesitz der Gesamtheit, deren Kollektivorgane einerseits alle Sonderarbeitskräfte in sozialer Arbeitsgliederung („Kollektivarbeit“) zusammenhalten, andererseits alle Produkte der sozialen Kooperation nach Maßgabe der Arbeitsleistungen oder nach dem Bedürfnis austeilen würden; Privatgeschäft, „Unternehmung“, bestände nicht mehr, sondern gliedliche (nicht private) Produktivarbeit aller in gesellschaftlich geordneten und aus kollektivem Kapitaleigentum ausgestatteten Produktions- und Umschlaganstalten, mit Besoldung, statt mit privatem Gewinn- und Lohnbezug. Die Bedarfssummen an jeder Produktart müßten durch eine fortlaufende offizielle Erhebung des Bedarfs seitens der Absatzämter und Produktionsvorstandschäften festgestellt und dem sozialen Betriebsplan zugrunde gelegt werden. Der gelegentliche Ausfall oder Überschuß der wirklichen Erträge gegenüber den betriebsplanmäßigen Bedarfen jeder Periode würde durch Vorräte — die dann öffentliche, nicht mehr private Handelslager wären — periodisch ausgeglichen werden. Das ist unzweifelhaft der allgemeinste Sinn des „Kollektivismus“ gegenüber dem „Kapitalismus“, die Quintessenz der öffentlichen „Organisation der Arbeit“ im Gegensatz zu jener behaupteten „Konkurrenz-anarchie“ von heute, bei welcher — den Sozialisten zufolge — die große Aufgabe des gesellschaftlichen Stoffwechsels, die soziale Güterhervorbringung und Güterverteilung, keine einheitlich bewußte Sozialfunktion darstellt, sondern dem Spiel einer „anarchischen“ Konkurrenz und der Privatjagd um die größten Privatportionen anheimgegeben ist.

Die Führer der internationalen Bewegung — K. Marx
1*

zumal in seinem kritisch ätzenden und unleugbar scharfsinnigen Hauptwerke*) — verhalten sich zwar sehr vorsichtig bei Kundgebung ihres positiven Programmes; allein jeder, welcher zu lesen und konsequent zu denken versteht, wird den soeben angegebenen Grundgedanken als Kern und Ziel des Sozialismus betrachten. Aus der breiten Kritik der Sozialisten gegen die bestehende private, kapitalistische Organisation der Volkswirtschaft erhellt dies. Dasselbe geht hervor aus den Theoremen der „sozialistischen Wissenschaft“ über die Arbeit als Substanz alles Güterwertes, über die künftige Bemessung der Privateinkommen nach Maßgabe der geleisteten Arbeitszeit oder des vernünftigen Bedürfnisses, über die Beseitigung des jetzigen Geldgebrauches usw. Endlich ist diese Grundansicht auch aus den positiven Programmen sozialistischer Neuordnung der Volkswirtschaft zu entnehmen, soweit solche von denkenden Führern entwickelt oder angedeutet worden sind. Kritisch, dogmatisch und programmatisch tritt der Kardinalsatz hervor: Kollektiv- statt Privatbesitz an allen Produktionsmitteln (Grundstücken, Werkhäusern, Maschinen, Werkzeugen usw.), — „Organisation der Arbeit von Gesellschaftswegen“ an Stelle der einheitlosen, privaten Kapitalistenkonkurrenz, d. h. körperschaftliche Gliederung und Leitung des Produktionsprozesses an Stelle von Privatgeschäften, öffentliche Gliederung der Gesamtarbeit auf Grund des kollektiv besessenen Eigentums an allem Geschäftsmaterial sozialer Arbeit, — endlich Verteilung des Kollektivvertrages an allerlei Güterarten nach Maßgabe der Arbeitsleistungen oder der Bedürfnisse an die Arbeiter. Die Produzenten wären individuell nur noch Arbeiter; denn an den Produktionsmitteln (dem Kapital) gäbe es keinen Privatbesitz mehr, alle arbeiten eventuell mittels der dem Ganzen gehörigen Produktionsmittel (des Kollektivkapitals); formell wären sie nicht Privatunternehmer und im Privatdienst, sondern gleiche Berufsarbeiter, der ganzen Gesellschaft unmittelbar verpflichtet und von ihr besoldet. Folgerichtig gäbe es künftig auch die heutige Grundunterscheidung der Privateinkünfte einerseits in Gewinn

*) „Das Kapital“ (1. Band).

(bzw. Zinsanteil des Gläubigers am Gewinn des Schuldners) und andererseits in Lohn überhaupt nicht mehr, sondern alle Einkünfte repräsentieren gleichmäßig einen direkt von der Gesellschaft nach gleichem Maßstabe jedem zugebilligten Anteil am Nationalprodukt, d. h. ausschließliches Arbeitseinkommen. Diejenigen, welche dem Ganzen als Richter, Verwaltungsbeamte, Lehrer, Künstler, Forscher gemeinnützige Dienste leisten würden, statt Sachgüter zu erzeugen, d. h. alle „nicht unmittelbar produktiven“, nicht dem sozialen Stoffwechsel zugewendeten Personen, würden für ihren Bedarf nach Verhältnis ihrer geleisteten Arbeit am Sachgüterprodukt der Nationalarbeit beteiligt werden, soweit es noch nötig wäre.

Der Leser, welcher mit diesem umwälzenden Organisationsplan sich niemals näher abgegeben hat, wird ihn kaum begreifen. Wir selbst haben längere Zeit gebraucht, uns in denselben hineinzudenken.

Und doch hat dieser Plan bereits eine Partei, welche an Feuer-eifer, Begeisterung, Berge versetzendem Glauben, geschlossener Organisation und internationaler Ausbreitung es vielen anderen großen Parteien zuvortut, immer mehr Proselyten macht und siegesgewiß der Zukunft entgegengeht. Es ist daher für alle der Mühe wert, wenigstens so tief in den der bestehenden Gesellschaftsordnung entgegengesetzten Gedankenkreis einzudringen, um den Gegner überhaupt zu verstehen. Wir werden deshalb den obigen lapidaren Grundgedanken des Sozialismus durch einige weitere Erörterungen aufzuschließen suchen müssen. Eine wirksame Bekämpfung eines bedeutenden Gegners möglich ist, muß man vor allem genau, unbefangen und unverfälscht wissen, was derselbe will und grundsätzlich „wollen muß“. Und hierbei darf man nicht subjektive Torheiten von Heißspornen, wofern sie nur Beiwerk, nicht notwendiger Ausfluß des Grundsatzes sind, zugrunde legen, sondern muß an das dem Prinzip notwendig Entstammende, ja an die denkbar vernünftigste Formulierung des neuen Prinzips sich halten. Dies ist jetzt noch um so mehr möglich, als keinesfalls von heute auf morgen oder übers Jahr der „neue Glaube“ der Arbeiter bereits Gewalt erlangen wird. In diesem möglichst objektiven Sinn, mit Aus-

scheidung unwesentlichen Beiwerkes, suchen wir im folgenden den Gegenstand vorzuführen.

Bei dem Versuche einer durchaus anschaulichen Darstellung der positiven Ordnung, welche der Sozialismus im Schilde führt, begegnet man nun allerdings sogleich bedeutenden Schwierigkeiten.

Eine Reihe von Schlagwörtern sind von bloß vorübergehender agitatorischer Bedeutung, von untergeordneten Wortführern ausgegeben, Erzeugnis des agitierenden Augenblicks; sie bilden keinen maßgebenden Katechismus. Die alten phantastischen Reorganisationspläne eines Ch. Fourier u. a. enthalten zwar in ihrer Motivierung schon alle Grundgedanken des heutigen Sozialismus, aber sie bilden nicht mehr das Programm des letzteren. Der unzweifelhaft viel nüchterner gewordene, praktisch agitatorische Kollektivismus der Gegenwart ist nicht mehr die Phantasterei der Fourieristen und St. Simonisten, aber sich selbst bei einflußreichen Führern nicht völlig klar. Vielfach wird sogar mit den Grundsätzen der modernen privatistisch-liberalen Volkswirtschaft transigiert; dies hat selbst Lassalle in allen positiven Vorschlägen getan, so daß K. Marx die Lassalleschen Vorschläge (z. B. die Produktivassoziationen mit Staatskredithilfe) von sich gewiesen hat*).

Über die positiven Ziele, wie sie aus dem obersten Prinzip des einen Kollektivkapitals an Stelle der jetzigen vielen konkurrierenden Sonderkapitale sich ergeben, äußern sich auch die zielbewußten Führer, namentlich K. Marx, äußerst vorsichtig mit politischer Klugheit. Sie wissen, warum sie das tun. Wohl keinem derselben besteht ein Zweifel darüber, daß die Agitation für die kollektivistische Neuordnung noch sehr weit vom Ziele ist, daß sie erst in den Anfangsstadien sich befindet, in welchen Negation und Kritik gegen das Bestehende, allgemeinste Erweckung des Massenbewußtseins durch Schlagwörter Hauptsache ist. Sie wissen genau, daß die jetzige Produktionsweise erst noch ihre letzten praktischen Konsequenzen der vollen Aufsaugung des Kleinbesitzes

*) Offenbar deshalb, weil auch die Genossenschaft oder „Gruppe“, wenn sie in Konkurrenz vieler isolierter genossenschaftlicher Geschäfte den sozialen Produktionsprozeß durchzuführen unternähme, schlechterdings auf dem Boden der jetzigen Produktionsordnung verharren würde.

ganz entfaltet, den plutokratischen Prozeß der Scheidung des Volkes in ein massenhaftes Proletariat und in wenige Überreiche nahezu vollendet haben müßte, bevor die Massen — namentlich auch die Landbevölkerung und das Kleinbürgertum — dem Prinzip des Kollektivismus zufallen werden und können. In Deutschland ist nun aber, namentlich auf dem Lande, diese Entwicklung noch lange nicht vollzogen. Wenn auch in den Städten und Fabrikzentren das Proletariat bereits „im Feuer exerziert“, die leitenden Führer ahnen gewiß, daß das nur erste Vorpostengefechte der späteren Klassenschlacht sind, wovon sie die völlige Umwälzung der bestehenden privat-kapitalistischen in die kollektiv-kapitalistische Ordnung erwarten. Und die alsdann obwaltenden Verhältnisse müßten über viele Einzelheiten des einst zu verwirklichenden positiven Programmes entscheiden. Die Zurückhaltung in der Kundgebung des positiven Programmes ist also gar nicht auffallend; alle klugen Parteiführer haben in ähnlichen Stadien der Agitation immer ähnlich gehandelt.

In jeder Hinsicht ist die bezeichnendste und bedeutendste Kundgebung die Zusammenfassung, welche K. Marx am Schlusse seiner „Kritik des Kapitals“ gibt.

Das heutige Großkapital entstand — sagt er ungefähr — durch Vernichtung jener Kleinbesitzformen (des Handwerks, Kleinhandels, der Bauernschaft), in welchen Arbeit und Privateigentum wirklich verknüpft, der wirkliche Arbeiter auch Eigentümer seines Arbeitsmittels und seines Arbeitsproduktes war. Diese innerlich wahre Form des Privateigentums, „wo der Arbeiter freier Eigentümer war seiner von ihm selbst gehandhabten Arbeitsbedingungen, der Bauer des Ackers, den er bestellt, der Handwerker des Werkzeuges, das er virtuos gebraucht“, diese für ihre Zeit beglückende, weil innerlich wahre, mit der Arbeit identische Form des privaten Produktionsmittelbesitzes, habe jedoch an dem großen Fehler der Zersplitterung der Produktionsmittel, daher an Zwerghaftigkeit und Unproduktivität der Betriebsweise gelitten. An diesem Mangel habe der Kleinbesitz zugrunde gehen müssen und gehe er in seinen kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen (?) Resten fort und fort zu-

grunde; er müsse der Übermacht des großen landwirtschaftlichen und industriellen Kapitals weichen. „Das selbsterarbeitete, sozusagen auf Verwachsung des isolierten unabhängigen Arbeitsindividuum's mit seinen privaten Arbeitsbedingungen beruhende Privateigentum ward verdrängt durch das kapitalistische Privateigentum, welches auf Exploitation fremder, aber formell freier Arbeit beruht.“

Sobald dieser (Kleingewerbe und Bauernstand vernichtende) Umwandlungsprozeß nach Tiefe und Umfang die alte Gesellschaft hinreichend zerlegt habe, sobald die (alten Privat-) Arbeiter in Proletarier, d. h. in Arbeiter ohne eigene Produktionsmittel, ihre Arbeitsbedingungen (älterer Kleinbesitz) in (modernes Groß-) Kapital verwandelt seien, gehe der Kampf des Kapitals noch weiter: der große Kapitalist bekämpfe — in zweiter Entwicklungsstufe — den kleineren Kapitalisten selbst. Unter fortwährender Konzentration der Produktionsmittel in Großbetrieben „schlägt je ein Kapitalist viele andere tot; Hand in Hand damit entwickelt sich innerhalb des Privatkapitals die korporative (gesellschaftliche) Form der Arbeit auf stets wachsender Stufenleiter, — die bewußte technologische Anwendung der Wissenschaft, — die planmäßig gemeinsame Ausbeutung der Erde, — die Verwandlung privater Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel und die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als gemeinsame Mittel kombiniert gesellschaftlicher Arbeit“.

Mit der fortwährenden Abnahme der Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wachse aber „auch die Masse des Elendes, des Druckes, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung“, wachse auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol selbst werde endlich zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht sei. Alsdann habe die Stunde des kapitalistischen Privateigentums geschlagen. „Die Expropriateurs werden expropriert. Die kapitalistische Produktions- und Aneignungs-

weise war die erste Negation des auf eigene Arbeit gegründeten Privateigentums. Diese Negation negiert sich jetzt selbst und drängt zur Wiederherstellung individuellen Eigentums, jedoch auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: nämlich auf Grund der Kooperation freier Arbeiter und ihres Gemeineigentums an der Erde und an den durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmitteln. Die vorausgegangene Verwandlung des zersplittert gewesenen, auf eigener Arbeit beruhenden Privateigentums in modernes Kapital war ein ungleich mehr langwieriger, harter und schwieriger Prozeß als die Verwandlung des faktisch bereits auf gesellschaftlicher Arbeitsweise beruhenden Privatkapitals in gesellschaftliches Eigentum. Dort handelte es sich um die Expropriation der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, hier handelt es sich um die Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse.“

Kann man klarer reden? Die bezeichnenden Stellen sprechen über den kritischen wie über den behutsam geoffenbarten positiven Gehalt des Sozialismus so viel wie ganze Bände.

Sie zeigen erstens, wie klar die neue Bewegung ihres allgemeinen Zieles, ihrer Unterstützung durch die geldherrschaftliche Entwicklung der Dinge selbst, des notwendigen Wachstums ihrer Hilfsmittel, sowie des jetzigen erst präparatorischen Stadiums der Agitation sich bewußt ist. Mit großer Sicherheit rechnen die Führer des „Proletariats“ darauf, daß — mehr als alle Agitation — der mechanische Großbetrieb selbst, die ganze Zentralisationstendenz der Zeit die Proletarier-schule und als politisch-soziale Macht konzentriere. Die staatliche Konzentration der Arbeit durch den militärischen Mechanismus der allgemeinen Wehrpflicht wird von ihnen nicht gebilligt, aber endgültig nicht als Hemmung empfunden; sie dürfte den Führern als eine „Schule“ gelten, welche dem Sozialismus dauernd nichts weniger als gefährlich ist, seine Zukunftssoldaten drillt und die Völker schließlich finanziell widerwillig macht. Alles, was die Massen als ein Ganzes abrichtet, was zentralisiert, was öffentliche Zusammenfassung der Einzelkräfte im größten Maßstabe in sich schließt, das hat etwas dem Sozialismus durchaus

Verwandtes. Die angeführte Stelle zeigt, wie klar und unerschrocken der letztere auf die Schulung durch moderne Kapital- und Staatswirtschaft rechnet. Man möge also ihm gegenüber vor allem nicht ruhig auf die Bajonette und jene politische Zentralisation rechnen, die gerade der Sozialismus eventuell am allermeisten und ausgiebigsten als Mittel seiner ersten Einführung zu benutzen gezwungen ist.

Indessen wir wollten zunächst nur auf die Quintessenz des Sozialismus kommen, als wir obige Stelle abdruckten.

Aus letzterer ersehen wir nun allerdings zunächst klar, weshalb der Sozialismus nicht eilt, über die kritische Rolle hinaus sich ins Zeug der positiven Programme zu legen — er sagt und weiß: der vorbereitende Prozeß ist ein langwieriger, harter und schwieriger. Wir ersehen aber zweitens ganz bestimmt, um was es sich endgültig handelt. Wir erhalten an maßgebendster, abschließender Stelle des sozialistischen Hauptwerkes die Erklärung, daß man Verwandlung des faktisch ja doch schon mit kooperativer, gesellschaftlicher Arbeit verknüpften Privatkapitals in Gemeineigentum der kooperativen Arbeiter, in „gesellschaftliches Eigentum“, in „Kollektivkapital“, will und anstrebt. Aus diesem einen positiven Hauptgedanken läßt sich aber der ganze positive Gehalt des Sozialistenstaates voraus in die Zukunft hinein noch sicherer ableiten, als rückwärts aus einem Schädelknochen ausgestorbener Tierarten auf den ganzen Bau der untergegangenen Spezies sich schließen läßt. Bei dieser Ableitung kommen uns überdies die sozialistischen Theorien (z. B. über Wert), die häufige, wenn auch nur hypothetische Einnengung positiver Anschauungen in die Kapitalkritik zu Hilfe. Das Bild, welches wir im folgenden vom positiven Gehalt des Sozialismus entwerfen, ist daher, obwohl es in denselben Strichen nicht von den Sozialisten gezeichnet ist, doch strengste Folgerung aus ihren kritischen und positiven Hauptsätzen und von uns der Kontrolle einer sorgfältigen Vergleichung der uns zugänglichen sozialistischen Literatur unterworfen worden.

II.

Bevor wir die einzelnen Konsequenzen des „kollektivistischen“ Prinzips verfolgen, wiederholen wir nochmals: A und D des Sozialismus ist die Verwandlung der privaten Konkurrenzkapitale in einheitliches Kollektivkapital. Der Sinn dieser obersten Forderung, aus welcher alles Weitere sich von selbst ergibt, verdient daher zuerst einige weitere Erläuterungen.

Fragen wir zuerst, wie überhaupt die Umwandlung gedacht wird.

Die Zeit der Umwandlung betreffend, geben sich nachgewiesenermaßen die Führer wohl keinen sanguinischen Hoffnungen hin. Für heute auf morgen, für dieses Jahrhundert *) überhaupt dürften die vielen denkenden und zielbewußten Köpfe unter den Führern des Proletariats die Zeit eines definitiven Sieges ihrer Sache wohl kaum gekommen glauben. Was sie zunächst allein erstreben und erwarten können, ist politische Machterlangung, noch mehr „Schulung“ der Massen zur Kooperation, agitatorische Ächtung der jetzigen Besitzordnung, ihres Schwindels und ihrer Schäden, die pauperistische letzte Vollendung des Gegensatzes zwischen wenigen Millionären und Millionen von „Proletariern“.

Die Agitatoren erreichen ihr nächstes Ziel durch Parteiorganisation, durch Verbreitung des materialistischen Appetits auch unter den Massen, durch Aufdeckung des Spekulationschwindels und

*) Geschrieben 1874.

der „Krach“-Skandale, durch Zertrümmerung jeder alten Autorität (beim Streit zwischen Staat und Kirche ist der Sozialismus offen ersichtlich der wahre *tertius gaudens!*), durch Ausnützung aller Zentralisation in Staat, Verkehr, Publizistik für die „gesellschaftliche“ Propaganda.

Die Ausbreitung der Produktivgenossenschaften wäre zwar prinzipiell keine sozialistische Organisation; denn auch die Genossenschaftsgeschäfte wären Konkurrenzgeschäfte, letzte Verwirklichungsform des kapitalistischen Prinzips. Aber dem Sozialismus präjudiziert dies wenigstens nicht; denn Genossenschaftsgeschäfte sind organisch dem Kollektivismus verwandter und daher im letzten Stadium leichter in den Sozialismus hinüberzuführen als „Herren“-Geschäfte. Ebenso ist die „Beteiligung der Arbeiter am Gewinn“ zwar selbst noch keine sozialistische Organisation; aber sie führt in den „Kollektivbesitz“ hinüber. All das kann der Sozialismus als Wasser auf seine Mühle leiten, aber es ist nicht das, was auf seiner letzten Karte geschrieben stehen muß. Wir führen dies nachdrücklich aus dem Grunde an, um es zu erklären, weshalb vor allem politische Machterlangung der Massen, Agitation, Verbreitung der materialistischen Lebensauffassung, Kritik des Spekulationschwinds, etwa auch der Kompromiß auf staatliche Beförderung der Produktivgenossenschaften und dergleichen, im jetzigen Stadium den eigentlichen Inhalt der Bewegung tatsächlich bilden und klugerweise bilden müssen und unbeschadet jeden Opfers am Prinzip auch bilden können.

Eine besondere einleitende Erwähnung erheischt ferner die übereinstimmende Art kritischer Polemik gegen das „Kapital“ (das private Produktionssystem), wie sie dem Sozialismus eigen ist; man versteht sonst die Sprache der Sozialisten gar nicht. „Kritik des Kapitals“ ist die hauptsächlich geistige Vorarbeit der Bewegung im jetzigen Stadium.

Diesfalls ist nun folgendes zu bemerken: Heutiges (privates) Eigentum am Kapital wird dargestellt als — „Diebstahl“.

Allein es ist ein ebenso großes als weit verbreitetes Mißverständnis, wenn das Wort Proudhons: „Das Eigentum ist Diebstahl!“ gemeinhin diese Auslegung findet: der Sozialist

halte jeden Eigentümer für einen Dieb im kriminellen Sinne des Wortes und zähle auch den ehrlichsten Bourgeois denen bei, welche mit Blendlaterne und Nachschlüssel fremde Habe sich aneignen. Nichts ist irriger als diese Auslegung des Wortes, durch welche man den „Kommunismus“ ohne weiteres „von selbst gerichtet“ glaubt. Die Bedeutung der Behauptung, daß „das Kapital“ (nämlich das private Kapital von heute) „Diebstahl“ oder, wie Lassalle sagt, „Fremdtum“ sei, daß es ein „anarchisches Eigentum“ darstelle und durch ein „wahres, auf eigene Arbeit gegründetes Eigentum“ ersetzt werden müsse, ist — für jeden Sachkenner ersichtlich — eine ganz andere!

Am besten tritt der Sinn der sozialistischen Eigentumskritik bei K. Marx, dem maßgebendsten Führer und Theoretiker des Proletariats, hervor. Er geht davon aus, daß das aus älterer Zeit vererbte Privatkapital seiner Masse nach auf Eroberung, Austreibung der Hörigen (Einziehung der Bauernhöfe), Ausraubung der Kolonien, Mißbrauch der öffentlichen Gewalt, Schutz-zollprivilegien, Verteilung des säkularisierten Kirchengutes usw. ursprünglich beruhe; dem heutigen Erben, Peter oder Paul, auch dieses Eigentums sagt er dennoch keinen Diebstahl nach. Er beschäftigt sich überhaupt weniger mit der Beurteilung jener älteren Formen der „ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“ — auch nur sehr beiläufig mit jenem modernsten Raubritterkapital, das durch Börsen-, Parlaments- und Zeitungs-korruption erschwindelt ist. Vielmehr befaßt er sich hauptsächlich mit jenem Kapitalbildungsprozeß, welcher auf dem Boden der gegebenen und geltenden volkswirtschaftlichen Ordnung der einzig mögliche, also bei gegebenen Verhältnissen auch normal, vollkommen legal, ja ganz unvermeidlich ist.

Von ihm behauptet nun Marx, daß die Masse der spekulativen Kapitale, welche gegenwärtig sich bilden und mehren, aus dem Kapitalprofit, aus der Erübrigung am Unternehmergewinn, nicht aus Löhnerübrigungen entstehe. Gewiß richtig! Er erkennt weiter vollkommen an, daß jeder Kapitalist, welcher unter dem „anarchischen“ Sozialgesetz der Konkurrenz, dem der Kapitalist jetzt unterliegt, sich erhalten wolle, an der Selbst-

vermehrung des Kapitals aus dem Profit teilnehmen müsse: sonst gehe er selbst zugrunde und verliere seine Stellung. „Weniger als jeder andere“ — sagt M. wörtlich — „kann mein Standpunkt, der die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt, den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag.“ *)

Mary ist also weit entfernt, subjektiv den Kapitalerwerb Diebstahl zu nennen oder irgendeinem Kapitalisten zuzumuten, daß er, solange er auf dem Boden der jetzigen Produktionsweise erwerben muß, vom Trachten nach höchstem Kapitalprofit und möglichster Kapitalmehrung ablasse. Aber objektiv, aus der grundsätzlich verkehrten Organisation der heutigen Produktionsweise heraus, stelle sich die private Kapitalbereicherung dennoch als eine Beraubung der Arbeit, als „Presserei“, „Blusmacherei“, „Ausbeutung“ dar; denn der Kapitalprofit, aus welchem die großen Privatreichtümer sich anhäufen, gestatte nur darum so große Erübrigungen und Überschüsse, weil der Lohnarbeiter im Geldlohn weniger als den vollen Wert seines Arbeitsertrages vergütet bekomme und den „Mehrwert“ seiner Arbeit täglich in den Gewinn des Kapitalisten fallen lassen müsse. Der Arbeiter erhalte — gerade nach der Lehre der liberalen Nationalökonomie — im Durchschnitt nicht den vollen Ertragswert seiner Tagesarbeit, sondern viel weniger, nämlich nur den täglichen notwendigen Unterhaltsbedarf im Geldlohn vergütet. Er arbeite zehn und zwölf Stunden, während vielleicht schon sechs Stunden seinen Lohn hervorbringen. Das, was er an Güterwert über seinen Unterhaltsbedarf hinaus produziere (den sogenannten „Mehrwert“), streiche der Kapitalist in seine Tasche ein, der Mehrwert werde in täglichen Tropfen vom „Kapitalschwamm aufgesaugt“, werde zu Kapitalistengewinn, beziehungsweise zu vermehrtem Kapital. In der Tat ist die Marysche Kritik des Kapitals — dieses kritische Evangelium der heutigen europäischen Arbeiterwelt — in der Hauptsache eine

*) U. a. D., Vorrede S. XI.

kritische Theorie dieser „kapitalistischen Mehrwertaneignung“. Sämtliche Bedingungen und Formen der letzteren werden von Marx nach allen Seiten und mit Benutzung umfassendsten, aus den Zuständen der englischen Volkswirtschaft geschöpften Materials der grellsten Beleuchtung unterzogen. Die Konkurrenz der Lohnarbeiter untereinander, die Unstetigkeit des sozialen Produktionsprozesses, die deplacierende Wirkung der Maschinen, die technischen Umwälzungen und die fremde Konkurrenz gegen die Handarbeit und viele andere Umstände versetzen (immer nach Marx) den Lohnarbeiter und den Kleinbürger in die Notwendigkeit, seinen täglichen Arbeitsnutzeffekt dem Kapitalisten (Landwirt, Fabrikanten und Händler) zu einem Lohnsaße abzutreten, welcher nicht den vollen Ertragswert der Tagesarbeit, sondern nur den notwendigen Unterhalt vergüte. Der „Mehrwert“ der Tagesarbeit über den Geldlohn hinaus falle beim Erlös aus den Arbeiterprodukten in den Kapitalistenbeutel, bereichere den Besitzenden, gestatte diesem teils den luxuriösen Haushalt, teils und namentlich die endlose Anhäufung des Kapitals. So finde — unter der Maske des Geldlohnes, welcher den Arbeitsertrag nicht voll vergüte — eine tägliche und stündliche Ausbeutung der Lohnarbeit statt, so erweise sich das Kapital als „Vampyr“, „Blusmacher“, „Dieb“.

Subjektiv sei jedoch der ehrsame Bourgeois frei von jeder Schuld, ja er sei eben durch das ganze bestehende und gesetzlich allen aufgenötigte Produktionssystem, durch den Druck einer anarchischen Konkurrenz gezwungen, die „Blusmacherei“ mitzumachen, d. h. dem Arbeiter am Ertrag so viel als möglich abzuschweifen und die eigenen Taler ins endlose zu mehren; denn sonst werde er konkurrenzunfähig. Nur objektiv sei dieser Vorgang nichtsdestoweniger verwerflich, das System müsse geändert werden.

Wie diese Änderung zu vollziehen sei, wird nun zwar im einzelnen nicht gesagt. Aber aus den kritischen Vordersätzen ist der positive Gedanke dennoch mit Sicherheit zu entnehmen. Nur wenn an Stelle des Systems konkurrierender Privatkapitalien, welche den Lohn durch Konkurrenz herabdrücken, kollektiver Kapitalbesitz mit öffentlicher Organisation der Ar-

beitsgliederung und der Nationaleinkommensverteilung getreten sein würde, gäbe es keine Kapitalisten und keine Lohnarbeiter mehr, sondern nur noch Produzenten. Das Nationalprodukt könnte unter alle nach dem gleichen Verhältnis des geleisteten Arbeitswertes verteilt werden, der Profit könnte nicht mehr den Lohn überwuchern, da es nicht mehr Profit und Lohn, sondern nur soziale Befoldung, gleichartiges, sozial zugebilligtes, nach dem Bedarf oder dem sozialen Gebrauchswert der Leistungen bemessenes Arbeits-einkommen geben würde. Vom Nationalprodukt käme nur jener Teil nicht zur Verteilung unter die einzelnen, welcher von den staatlichen Produktionsämtern und Wirtschaftsvertretungskörpern teils zur Ergänzung des abgenützten Kollektivkapitals selbst, teils zum Unterhalt der übrigen gemeinnützigen (nicht unmittelbar produktiven) Anstalten vorbehalten, kurz gesagt, den öffentlichen Anstalten — also wieder allen Bürgern — zugute kommen würde. Dieser Teil, die denkbar direkteste Art von Naturalsteuern und vorweggenommen vor jeder Zuschcheidung von Privateinkünften, würde an Stelle der jetzigen Steuern treten, in den gemeinen Nutzen und in den dauernden Grundstock des Kollektivkapitals verwendet werden. An einer Stelle (S. 37, 1. Aufl.) äußert *M a r x*, allerdings nur beiläufig, diesen Gedanken ungefähr so: Das Gesamtprodukt ist (wäre) ein gesellschaftliches Produkt. Ein Teil dieses Produktes dient im Kapitalersatz wieder als Produktionsmittel; er bleibt gesellschaftlich. Ein anderer Teil wird aber von den Gesellschaftsgliedern verzehrt, er muß vorher unter sie verteilt werden. Der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln werde hierbei, so sei vorausgesetzt, bestimmt durch seine Arbeitszeit. Dann werde die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und zugleich als das Maß für den Anteil am individuell verzehrbaren Gemeinprodukte dienen.

Ersichtlich ist das ganze Programm etwas völlig anderes als periodisches „Teilen“ der Privatbesitzer. Es bedeutet den Kollektivbesitz der Mittel einer tatsächlich jetzt schon kollektiven Arbeit, direkten Vorwegbezug des Unterhaltsbedarfes der öffentlichen Anstalten aus dem Ertrag der Kollektivarbeit an Stelle der Steuern, Verteilung alles übrigen Genußmittelertrages unter

die einzelnen Produzenten nach Maßgabe ihrer Arbeit zu privatem Einkommen und zu privatem Eigentum! Man hüte sich daher wohl, den Sozialismus als das System des periodischen Teilens privater Besitztümer aufzufassen. Das ist Windmühlkampf, und jedes Blatt einer sozialistischen Zeitung geißelt diese Auffassung mit vollem Recht als platte Ignoranz.

Nach der soeben gezeichneten Kritik des privaten Kapitals erscheint den Sozialisten die endliche Herstellung des Kollektivbesitzes aller Produktionsmittel gar nicht zweifelhaft. Die ungemeine Schwierigkeit des Übergangs zum neuen Zustande macht ihnen nicht zu viel Sorge. Sie zählen auf die „exproprierte Masse“ der Bevölkerung gegen die „wenigen Expropriateurs“, auf die Vollendung des Prozesses der Zerstörung des Mittelstandes, auf die endliche Unleidentlichkeit des privaten Fortproduzierens mit einer durchaus unzufriedenen und alles Autoritätsglaubens ledigen Arbeiterbevölkerung.

Die Frage des Rechtes zum Übergang in den neuen Zustand unterliegt für sie keinem Zweifel. Sie sagen etwa: der Bourgeois mag ein Recht haben auf das, was er unter dem bisherigen Produktionszustand erworben hat, und wir können ihm sein Privatkapital ablösen, wie er das Feudalrecht abgelöst hat. Aber er hat gar kein Recht, in alle Zukunft hinein die Hintanhaltung der besseren Produktionsweise zu verlangen. Letztere kann im Namen des Volkes als neuer Rechtszustand jeden Augenblick proklamiert werden. Alsdann kann der Kapitalist allein seine Großbetriebe nicht besorgen. Er muß und wird sogar froh sein, wenn man ihm und seinen Kindern das Privatkapital durch Genußmittelraten ablöst, welche eine Zeitlang dauern, bis alle in denselben neuen Zustand hineingelebt sein werden. Er wird sich dem Recht, das von der Mehrheit des eigentlichen Volkes proklamiert wird, ebenso beugen, wie der Adel vor dem durch das Bürgertum proklamierten neuen Volksrechte sich beugen und mit der Ablösung der feudalen Rentenquellen zufrieden sein mußte.

Der Sozialismus wäre wohl nicht abgeneigt, den jetzigen Privateigentümern, wenn diese nur gutmütig sich expropriieren

ließen, eine Ablösungssentschädigung zu leisten, er pflegt sich auf den liberalen Vorgang der Expropriation des Feudaladels und der feudalisiert gewesenen Kirche durch Ablösungssentschädigung und durch Rententitelübernahme zu berufen.

Allein auch bei voller Ablösung des Wertes würden nur Genußmittel, nicht mehr Rentenquellen und Produktionsmittel anderer Art, den Abgelösten als Entschädigung ausgehändigt werden; denn an den Produktionsmitteln könnte fürderhin gar kein Privateigentum zugelassen werden, wenn auch das aus früherem Privatbesitz von Rentenquellen hervorgegangene Eigentum bei der Expropriation durch Zuweisung von Genußmitteln mit dem vollen Geldwerte entschädigt werden würde. Man ersieht leicht, daß bei dieser Art von Ablösung die Riesenkapitale der Rothschild und Konsorten selbst bei vollster Entschädigung nur in einen erstickenden Reichtum an Genußmitteln übergehen könnten; auf die Dauer könnte sich dieser große Besitz nicht erhalten. Die privaten Großkapitale würden sofort schon als Kapitale, bald auch als Vermögen überhaupt beseitigt sein; denn ewige Ablösungsrnten in Gestalt von Genußmittelbezügen würde der Sozialistenstaat prinzipiell keinesfalls einräumen. Der Naturalüberfluß aus der bloß transitorischen Entschädigung würde sich also nicht erhalten können.

Man erkennt hieraus mit Leichtigkeit, daß der Sozialismus nicht in dem Sinn zu „teilen“, wenigstens nicht periodisch in dem Sinn zu „teilen“ braucht, den man ihm gewöhnlich unterlegt. Er kann vielmehr den schon angesammelten Reichtum als legales Produkt der andersartigen Einkommensordnung der Vergangenheit anerkennen, nur pro futuro kann er ihn nicht mehr als Privatkapital, als Rentenquelle „wuchern“ lassen. Der Sozialismus verbietet den künftigen Gebrauch des Vermögens als eines privaten Produktionsmittels, als einer privaten Rentenquelle, und damit ist im wesentlichen einer jeden nicht aus vorzüglicher Arbeitsleistung hervorgehenden Einkommensungleichheit radikal ein Ende gemacht. Die Ungleichheit ist dann, wie ein Sozialist gesagt hat, „organisch“ beseitigt.

Man vergegenwärtige sich nur die ungeheure Tragweite dieser

Sätze recht konkret. Die Familie Rothschild besitze, so nehmen wir an, 500 Millionen Taler; so würde, so sei weiter angenommen, voll entschädigt werden, indem ihr im Lauf von 30 bis 50 Jahren der eskomptierte Wert von 500 Millionen Talern annuitätenweise, aber nur in Gestalt von Lebensmitteln, Kleidern, Hausrat-, Luxusmitteln, Unterhaltungsgegenständen geliefert würde. Sie wäre also in der Lage, reichlich zu genießen und zu — verschenken. Aber sie könnte nicht mehr „kapitalisieren“, ihren Überfluß nicht mehr in Rentenquellen verwandeln, sie wäre selbst bei intaktem Vererbungsrecht in zwei bis drei Generationen auf persönliche Arbeit wie jede andere Familie angewiesen, wenn sie es nicht vorzöge auszuwandern, wobei ihr der Sozialistenstaat die Annuität schwerlich nachsenden würde. Gewiß ist kein stärkeres Attentat auf die Geldindustrie, in specie das Judentum, erfonnen worden als diese Ausschließung privater Produktionsmittel und privater Rentenquellen aus dem Rechtssystem. Um so merkwürdiger bleibt es, daß diejenigen, von welchen diese Idee am wirksamsten unter die Massen gebracht worden ist, dem Judentum angehören; Marx und Lassalle sind jüdischer Herkunft. Der Sozialismus rühmt sich dieser seiner radikalen Wirkung. Er rühmt sich insbesondere, daß er allen Börsen- und Spekulationschwandel, allen Wucher, alle Privatmonopole mit der Wurzel ausreißen würde. Und in der Tat, von spekulativem Privateinkommen, arbeitslosen Renten bliebe nichts übrig.

Ein plummes Mißverständnis habe ich daher hier schon abzuweisen. Man hört gar so oft: „der Sozialismus will wirtschaftlich kein Kapital mehr“, er will keine Produktionsmittel, „er will produzieren ohne Grundstücke, Fabriken, Maschinen, Werkzeuge, Rohstoffe und Brennmaterialien; denn er negiert das Kapital, also auch den Bestand, die Ersparung, die Erhaltung und Erneuerung der Werkmittel“. Man hält diese Folgerung für eine glänzende Widerlegung der sozialistischen Doktrin und triumphiert gegen diesen — s. v. „Blödsinn“ der Sozialisten! Es ist aber nachdrücklich vor dieser Art von Widerlegern des Sozialismus zu warnen. Den Besitz, und zwar nur den Privatbesitz an den Produktionsmitteln, will der

Sozialismus pro futuro beseitigen; aber technisch-wirtschaftlich negiert er (wie obige Stellen aus Marx sonnenklar beweisen) nicht nur nicht das Kapital, sondern er will durch kollektive Herstellung und Erneuerung aller Produktionsmittel vielmehr eine Gestalt der Geschäftskapitale einführen, welche der ganzen Nationalproduktion eine Kapitalausstattung im Stil der rationellsten heutigen Großproduktion sichern würde. Aus dem Ertrag der Kollektivproduktion soll allseitig die rationellste Ausstattung und Erneuerung alles nationalen Geschäftskapitals bewerkstelligt werden. Schon der Träumer Ch. Fourier verlangte ja Beseitigung der „miserabeln“ kleinbürgerlichen Geschäftsausstattung; er wollte den rationellen Großbetrieb verallgemeinert haben. Wie wenig ein Karl Marx daran denkt, den Produktionsprozeß auf Kleinbetrieb zurückzuführen (geschweige ohne Kapital im technischen Sinne, d. h. ohne Produktionsmittel zu produzieren), das beweist die oben erwähnte abschließende und daher maßgebende Zusammenfassung der Ergebnisse seiner Kritik des Privatkapitals, wie sie sich am Schlusse des ersten Bandes seines „Kapital“ vorfindet.

Was nun für die gegenwärtigen Übelstände, denen der Sozialismus zu steuern verheißt, an neuen Übeln kommen könnte, ist von uns (s. Vorrede) anderswo erörtert. Wir haben hier nur zu konstatieren, was den Inhalt des Sozialismus ausmacht. Sein oberstes Prinzip hatten wir zunächst festzustellen.

Suchen wir die konkreten Folgerungen aus diesem Prinzip an den einzelnen Hauptkategorien der Volkswirtschaft: Bedarf, Produktion, Umsatz, Einkommen, Haushalt, Konsumtion und Vermögensbildung, nun noch mehr ins einzelne zu verfolgen! Erst durch diese besondere Nachweisung werden wir imstande sein, den Leser vollkommen zu orientieren, um nach der einen Seite zu zeigen, daß der Sozialismus zum Teil noch weit mehr, als die blassesten Angstmänner es annehmen, mit dem Bestehenden bricht, und um andererseits zahllose falsche Vorstellungen und Stichwörter über denselben zu berichtigen.

III.

Indem wir die Quintessenz des Kollektivismus in den Bereich der einzelnen Hauptkategorien der Nationalökonomie verfolgen, fragen wir in Anlehnung an die übliche Systematik der Nationalökonomien zuerst:

Wie würde sich die Feststellung des Bedarfs an den verschiedenen Güterarten im einheitlich geschlossenen Produktionsstaate der Sozialisten gestalten? Der Bedarf ist ja die oberste Triebkraft aller Volkswirtschaft, das Gewicht im Uhrwerk des Produktions- und Absatzprozesses, die Kraft, welche den stofflichen Nachschub der Volkswirtschaft für Zwecke der materiellen Erneuerung des sozialen Körpers und aller seiner Anstalten und Elemente bewirkt.

Gegenwärtig ist die Feststellung des Sozialbedarfs an allen verschiedenen Güterarten eine Summenwirkung der isolierten Privathaushalte. Jeder setzt privatim seinen Bedarf fest, fragt ihn bei Händlern, bei welchen die Einzelbedarfe als erste Teilsommen der Nachfrage zusammentreffen, nach; der Handel im ganzen zieht endlich — als Träger der „Nachfrage“ des großen Marktes — die soziale Hauptsumme aller Privatbedarfe. Die Nachfrage ist es, die den sozialen Gesamtbedarf gegenüber dem „Angebot“ der sozialen Produktion geltend macht. Das Angebot anderseits an Gütern als Stoffen der Erneuerung und des Unterhaltes ist ebenfalls durch den Handel vertreten; denn diesem haben die in freier Konkurrenz tätigen privaten Produktions-

geschäfte ihr Produkt zum weiteren Absatz übergeben. In der liberalen heutigen Volkswirtschaft besteht hiernach eine durchaus freie Bestimmung des Einzelbedarfs, und die einzige Schranke sozialer Art für die beliebige Durchsetzung des Bedarfes ist die Kaufkonkurrenz, durch welche es geschieht, daß derjenige, der am besten zahlt, sich der ausgedienten Ware eher bemächtigt, der minder zahlungsfähige Konsumtionslustige aber zurückgedrängt wird.

Die Freiheit der Bedarfsbestimmung ist sicherlich die unterste Grundlage der Freiheit überhaupt. Würden die Lebens- und Bildungsmittel etwa von außen her und einem jeden nach einem Bedarfschema zugemessen, so könnte niemand nach seiner Individualität leben und sich ausbilden; es wäre „der Brotkorb der Freiheit“ beseitigt. Es fragt sich deshalb, ob der Sozialismus die individuelle Freiheit und Bedarfsbestimmung aufhebt oder nicht. Hebt er sie auf, so ist er freiheitsfeindlich, aller Individualisation, daher aller Gesittung entgegen und ohne alle Aussicht, mit den unvertilgbarsten Trieben des Menschen jemals fertig zu werden.

Man muß nun in Beantwortung obiger Frage sagen, daß der Sozialismus selbst das möglichste getan hat, um von sich abzuschrecken.

Seine phantasievollen Vertreter haben zwar die Abwechslung des Genießens vertreten, aber nicht die individuelle Freiheit des Haushaltes, d. h. der Sphäre, in welcher der einzelne als solcher physisch und geistig auf sich selbst und seine Nächsten sich zurückzieht, um aus der öffentlichen sozialen Welt des Geschäftes, der Fabrik, des Verkehrs zu entfliehen und als Individuum sich zu erholen, zu fühlen, zu bilden und sich frei zu bewegen. Manche Sozialisten haben dem Proletariat einen halb königlichen Kollektivluxus an öffentlichen Festen, Kunstgenüssen usw. versprochen, aber dem privaten Haushalt und der individuellen Freiheit des Bedarfes kaum einen Quadratschuh Freiheit, keine Freiheit der Art- und Maßbestimmung des Bedarfes übriggelassen, wenigstens nicht gezeigt, wie sie noch möglich wäre.

Indessen ist diese Auffassung möglicherweise doch nur Beiwert, eine der Übertreibungen, unter welchen neue Ideen sich ein-

zuföhren pflegen, wie die Staatsromane aller Zeiten beweisen. Fragen wir daher nach den Folgerungen, die eine nüchterne, logische Ableitung aus dem obersten Prinzip des Kollektivismus ergibt.

Da finden wir immerhin, daß in der Gestaltung des sozialen Bedarfs ungeheure Umwälzungen überhaupt eintreten müßten. Die Großrentner allerart wären weggefallen; private Luxuskonsumtion würde also außerordentlich beschnitten sein. Dagegen könnten der Luxus öffentlicher Anstalten der Breite nach zunehmen und der Belustigungs-, Erheiterungs-, und Bildungsanspruch der Massen entschieden feiner werden.

Dagegen ergibt sich aus dem Grundsatz der Beseitigung des privaten Produktionsmittel-Eigentums weder die Aufhebung individuell freier Bedarfswahl und freien Haushaltes, noch die Aufhebung des Familienlebens und freier Privatgeselligkeit.

Die berufsanstaltlich organisierte, in sich geschlossene Kollektivproduktion könnte unzweifelhaft mindestens obensogut eine vollkommene tägliche, wöchentliche, monatliche, semestrals, jährliche Statistik der freien Individual- und Familienbedarfe aufnehmen, als solche jetzt auf dem Markt mit seiner Nachfrage sich von selbst vollzieht, und hierdurch könnte die Nationalproduktion quantitativ und qualitativ nach dem freien Bedarf sich gliedern. Außerordentliche Bedarfschwankungen hätte man — da das Volk fast nur gleichmäßig verzehrender Mittelstand wäre, Proletariat und Plutokratie fehlen würden — sogar weniger zu erwarten, als solche jetzt tagtäglich vorkommen. Lagervorräte würden allerdings zur Ausgleichung da sein müssen; allein die sind auch jetzt in Gestalt der spekulativen Handelslager vorhanden.

Allerdings könnte der Staat alle Bedarfe, die schädlich erschienen, gründlich abschneiden, er würde sie nicht mehr produzieren; die Vegetarianer, z. B. Bakker, neigen deshalb zum Sozialismus. Aber gefälschte und schädliche Güter vom ganzen sozialen Körper ferne zu halten, ist keine Schattenseite, und den Mißbrauch dieser Macht wirklich zu vermeiden (gegen unsinnige „Temperanzler“), das wäre dem mächtigen und allgemein entwickelten Sinne individueller Freiheit ruhig zu überlassen.

Im ganzen ist also kein Grund abzusehen, weshalb bei einheitlicher Kollektivproduktion die Bestimmung auch der Individualbedarfe vom Staat ausgehen, von Amts wegen erfolgen müßte. Wir betonen dies ebenso nachdrücklich, wie wir behaupten: daß der Sozialismus, wenn er wirklich die Freiheit des Individualbedarfes aufheben wollte, als Todfeind jeder Freiheit, jeder Gesittung, alles materiellen und geistigen Wohlbesindens anzusehen wäre. Die eine praktische Grundfreiheit, die privaten Einkünfte nach freiem Belieben individuell zu verwenden, wäre allein uns für alle möglichen Vorteile der „Sozialform“ zusammen nicht feil. Die erste Auseinandersetzung mit dem Sozialismus muß daher auf diesem Boden gepflogen werden. Gibt er hier seinem Produktionsprinzip unnötig einen solchen praktischen Zusatz, daß der Fortbestand der individuellen Haushaltsfreiheit gefährdet wird, so wird er unannehmbar, was er sonst versprechen und wirklich bieten könnte, so ist die jetzige Ordnung der Dinge trotz aller ihrer Auswüchse zehnmal freier und kulturfreundlicher. Die kommunistische Verteilung nach dem Bedarf, statt nach der Arbeitsleistung, würde jedenfalls mittelbar die Freiheit des Bedarfes fast illusorisch machen; und der demokratische Sozialismus ist ja zurzeit programmatisch reiner Kommunismus *).

Gehen wir nun von der Kategorie des Bedarfs weiter zu den Kategorien: Produktion und Umlauf, Produktions- und Umlaufskapital über. Schon das Bisherige hat gezeigt, daß die unwälzendste Wirkung des Sozialismus eben auf dieses Gebiet sich erstreckt. Es soll kein Privatkapital, folgerichtig keine Konkurrenz von Privatkapitalien mehr geben, beide sollen stufenweise oder plötzlich beseitigt werden.

An die Stelle träte eine öffentlich-rechtliche Gliederung der Nationalarbeit zu einem mit dem Kollektivkapital ausgerüsteten gesellschaftlichen Arbeitskörper, gesellschaftliche Sammlung, Lagerung und Transportierung aller Produkte, endlich gesellschaftliche Ablieferung an die einzelnen, im

*) Vgl. meine „Ausichtslosigkeit der Sozialdemokratie“. 3. Aufl. 1891

Musmaße ihrer gebuchten sozialen Arbeitsleistungen *) und nach einer mit den durchschnittlichen Arbeitskosten genau übereinstimmenden Werttage der Güter.

Diese Ordnung von Kapital und Arbeit wäre offenbar mit dem Fortbestand von Spekulation, Unternehmung, Markt, Börse, Geldgebrauch, Privatrenten allerart unverträglich, und daß sie es wäre, wird der Sozialismus sich zum größten Verdienste anrechnen.

Für den in die gegebenen Zustände eingelebten Geist sind diese Folgerungen des geschlossenen Produktionsstaates der Sozialisten so unfaßlich, daß es zweckmäßig sein wird, erst in ein Stück um das andere sich hineinzudenken. Einen Hauptpunkt dabei, nämlich die wirtschaftliche Interessierung jedes einzelnen auch im Sozialstaat, müssen wir allerdings vorläufig zurückstellen, da seine Erörterung von der Kenntnis der sozialistischen Werttheorie bedingt ist.

Denken wir zuerst an die Organisation der Produktion und des Güterumsatzes.

Die der Produktion und dem Umsatz gleichmäßig notwendigen Verkehrsanstalten wären öffentliche, wie sie es größtenteils heute schon sind. Teilweise würden sie dem Privatgenuß des Reisens und der Korrespondenz dienen, wie heute; der einzelne könnte auf seinen Arbeitsverdienst Marken und Billette erwerben. Der ganze geschäftliche Verkehr dagegen würde ein Verkehr öffentlicher Produktionsgeschäfte sein, in gesellschaftlichem Transport von Arbeitskräften, Rohstoffen, Halbfabrikaten und Ganzfabrikaten bestehen und zwischen den öffentlichen Produktionsgeschäften und Abgabemagazinen nach einheitlicher Leitung sich hin und her bewegen. Eine private Vergeltung der Warenfracht nach dem Frachttarif wäre dafür undenkbar; denn die Gesamtheit stellt und erhält das Verkehrsanstaltenkapital und besoldet das Verkehrspersonal nach Qualität und Dauer seiner Arbeitsleistung durch Zertifikate auf die öffentlichen Gütermagazine. Die Kontrolle des Verkehrswesens bezöge sich daher auf die richtige Aufladung, den wohlfeilsten Weg und die volle Ab-

*) Kommunistisch nach dem „vernünftigen Bedürfnis“!

lieferung, sowie auf die Transportkostenrechnung, auf die Schonung und volle Nutzung der Verkehrsanstalten selbst.

Alles dies ist für die heutigen Anschauungen noch am ehesten vorstellbar; denn die Verkehrsanstalten sind schon öffentlich und zentralisiert, wie Post und Telegraph und neuestens die Eisenbahn. Die meisten sind sogar einverstanden mit dieser Gestaltung.

Viel schwieriger wird es, auf dem Gebiet der eigentlichen Ur- und Gewerbeproduktion den Sozialismus auch nur zu denken. Wir wollen deshalb nach dieser Seite zuerst negativ verfahren.

Es wäre nicht notwendig, daß der Sozialismus sofort und mit einem Schlage alle privaten Produktionsgeschäfte in Sozialgeschäfte und Staatsfabriken, alle Produktionsleitungen in öffentliche Wirtschaftsämter verwandle; er kann einen Zweig um den anderen öffentlich gestalten, zu Sozialkapital und Sozialarbeit machen. Der Sozialismus könnte an territorial gegliederte Korporationen der einzelnen Produktionszweige und Produktionsstufen denken und zuerst nur den bereits dem Großbetrieb verfallenen Teil der nationalen Produktionszweige zu einheitlichen Produktionskörpern öffentlich-rechtlicher Art, zu großen Gewerkschaften unter öffentlichem Einfluß gestalten. Das Produkt der bereits sozialisierten Geschäfte würde dann auf den freien Markt geworfen oder zu einer bestimmten, dem Arbeits- und Kapitalaufwand proportionalen Taxe abgegeben und der Erlös unter die öffentlichen Arbeiter verteilt, welche nach ihrer Leistung sich allseitig selbst zu kontrollieren und zu disziplinieren eine Interesse hätten. Nur die jeweils sozialisierten Teile der Produktion wären ein solidarischer Kapital- und Arbeitskörper. Ihm beizutreten könnte bis auf weiteres in vielen Produktionsgebieten freigestellt werden. Die Attraktionskraft des sozialisierten Produktionskörpers müßte in dessen Vorteilhaftigkeit bestehen.

Nicht notwendig wäre es, daß auch nur dem letzten Ziele nach jegliche Produktionsart unter das wirtschaftliche Korporationsrecht trete. Produktion für den Eigenunterhalt könnte (bei Ausschließen des Absatzes an andere) grundsätzlich sehr wohl bestehen. An sich unzentralisierbare, weil persönliche Dienstleistungen (des Arztes, des Künstlers usw.) könnten sogar der

Konkurrenz bei privater Entgeltlichkeit (gegen zirkulationsfähige Arbeitschecks der Kunden), überlassen gedacht werden oder könnte private Entgeltlichkeit auf diesem Gebiete mit dem bereits bestehenden System öffentlicher Wartegelder verbunden werden. Diese Art privater Interessierung des einzelnen für seinen sozialen Beruf ist im Gebiete der persönlichen Dienstleistung, soweit als eben das Kapital beim Dienste keine bedeutende Rolle spielt, immerfort denkbar. Nur jene persönlichen Dienste, welche ein großes Kapital bedürfen, wären als besoldete öffentliche Ämter, als Administrationen öffentlicher Kapitale zu gestalten; im Staat, in der Schule, in der Gemeinde usw. ist ja jetzt schon die Arbeit öffentliche (sozialisierte) Arbeit, soziales, besoldetes Amt!

Überhaupt nicht etwas absolut Neues ist der sozialistische Produktionsprozeß, sondern eine Verallgemeinerung öffentlichen Dienstes und öffentlicher Anstalten.

Man kommt eben deshalb so wenig gegen die sozialistische Kritik mit dem Satze auf: der Sozialismus negiere grundsätzlich den Staat und die Kommune (Gemeinde). Wirtschaftlich gedacht ist er vielmehr die Verallgemeinerung gerade des eigensten Prinzips der Staaten und der Gemeinden, Ausdehnung des Begriffes des öffentlich sozialen Berufes auf den ganzen sozialen Produktionsprozeß! Das kollektivistische Prinzip ist — ob es ausführbar sei oder nicht — ideell gewiß ein soziales Prinzip. Es übergibt den Produktionsprozeß nicht der bewußtlosen Summenwirkung konkurrierender Privatkräfte der Konkurrenz), sondern einer einheitlichen (wenn auch föderativen) Organisation. Daher heißen sich die Sozialisten Sozialisten, daher verdammen eben sie die liberale Volkswirtschaft als „anarchisch“, „einheitslos“, „zufällig“, jedem Privatmißbrauch ausgesetzt, „unsozial“, „individualistisch“. Wer einigermaßen die Literatur kennt, wird davon ablassen, den Sozialisten mit dem Vorwurf oder mit dem Grunde, daß er staatswidrig, antisozial sei, zu schrecken oder eines anderen zu überzeugen; denn das eben wirft der Kollektivist triftiger seinem ultraliberalen Gegner vor.

Dem durchgedrungenen Sozialismus wäre nicht unbedingt nötig das allgemeine Stimmrecht. Für die Übergangszeit

des Kampfes mit dem Liberalismus wird der Sozialismus zwar vom allgemeinen Stimmrecht nicht lassen. Allein wenn die einheitliche Organisation der Arbeit durchgeführt wäre, würde eben der Sozialstaat in höherem Maß, allgemeiner und großartiger jenes feste „organisch-korporative“ Gefüge wieder besitzen, als es dem Mittelalter eigen war. Im liberal-individualistischen Staat vielmehr kann nur von der Verfassungspfuscherei und von einem lügenhaften „Scheinvertretungssystem“ die „alte Ständevertretung“ restauriert werden; die „organische Gliederung“ ist dem individualistisch-liberalen Staat prinzipiell fremder als dem Sozialstaat. Das ist mit Händen zu greifen. Auch weiß dies der Sozialismus, wie wenig er sich auch mit seiner endgültigen Staatsverfassung jetzt schon beschäftigen mag, sehr genau. Wirklich „staatswidrig“ ist also der Gedanke kollektiver Produktionsorganisation auch nach dieser Seite nicht; man muß diesfalls aufhören, handgreiflich unhaltbare Phrasen zu machen. Vielmehr leistet dem Sozialismus alle Zentralisation des liberalen Staates Vorschub und ist ihm kongenial. Lassalles rechtsphilosophisches Hauptwerk, das „System der erworbenen Rechte“, gipfelt in dem politischen Gedanken, daß keine Sozialfunktion Gegenstand privater Beherrschung sein dürfe, daß die private Beherrschung der Sozialproduktion durch das Kapital“ genau so antisozial, unpublizistisch, feudalistisch sei, wie ehemals die patrimoniale Privatherrschaft der Feudalen an Stelle des Staates.

Nicht zutreffend ist eine weitere und weit verbreitete Vorstellung. Man sagt, die bekannten Nachteile des heutigen Regiebetriebes würden beim Sozialismus allgemein werden. Möge man sich doch auf dieses Argument nicht allzu sicher verlassen! Erstens gibt es bereits Regiebetrieb, welcher wirtschaftlicher oder doch so wirtschaftlich ist als kapitalistischer Spekulationsbetrieb: Post, Staatseisenbahn, Telegraph, kommunale Gas- und Wasserleitungsanstalten usw. Die Sozialisten können aber anführen, daß Staatsfabriken des liberalen Kapitalistenstaates und solche des Sozialistenstaates total verschiedene Voraussetzungen haben. Jetzt sei allerdings bei Arbeitern und Wirtschaftsdirektoren von Staatsfabriken gar kein Privatinteresse vorhanden, wirtschaftlich

für das Ganze (den Staat) zu produzieren. Der Staat zahle ihnen die Besoldung, ob sie Gutes oder Schlechtes leisten. Anders wäre es, wenn jeder desto mehr Einkommen erlange, je mehr alle übrigen in allen und jeden Geschäften leisten. Dann sei die Leistung für das Ganze in allen Zweigen höchstens Privatinteresse eines jeden geworden; die wirtschaftliche Kontrolle und Disziplin der Arbeit, welche dem liberalen Produktionssystem immer mehr unmöglich werde und deren Mangel es an den Rand der Unhaltbarkeit immer sichtbarer hinführe, sei sozialistisch durch Gesamtprämien besser verbürgt; denn jeder wäre in Prämien- und Soldbezug davon abhängig, daß keiner für schlechte, faule Arbeitszeit ein volles Einkommenszertifikat erlange: jeder hätte das Interesse, daß die durchschnittlichen Arbeitskosten so niedrig als möglich werden, weil danach die Bezugstaxe der sozialen Produkte sich bestimmen würde, also gegen die Arbeitsleistungszertifikate um so mehr bezogen werden könnte, je niedriger die Sozialkosten jeder Güterart wären. Und ganz gewiß wäre diese Argumentation wenigstens insoweit vollberechtigt, als man von einem unrentablen Regiebetrieb des liberalen Staates, in welchem die öffentliche Geschäftsform Ausnahme ist, nicht schließen darf auf die wirtschaftlichen Ergebnisse eines Sozialbetriebes, welcher die Regel bilden, und dessen Gesamtrente mit den Privatinteressen eines jeden verknüpft sein würde. Kurz, der tiefer blickende und unbefangene Beobachter kann sich bei der gewöhnlichen Abfertigung des Sozialismus: „dieser wolle die Mißwirtschaft aller Regie allgemein machen“, keineswegs beruhigen. Die Interessenten der bestehenden Sozialordnung sind vielmehr sehr eindringlich zu warnen, daß sie sich damit nicht beruhigen *).

Die Hauptfrage ist eine ganz andere, und zwar die: ob der Sozialismus jemals wirklich imstande sein wird, jene große psychologische Wahrheit und wirtschaftliche

*) Allerdings gegenüber dem programmatisch kommunistischen Sozialdemokratismus des Gothaer Programms von 1875 haben sie damit recht. Das ist jedoch nicht der einzig denkbare Sozialismus. Vgl. meine „Auslosigkeit der Sozialdemokratie“. 3. Aufl. 1891.

Fruchtbarkeit des liberalen Prinzips, wonach das **private Interesse** der Erfüllung **sozialer Produktionsberufe dienstbar gemacht** ist, — auch auf seinem Boden in gleichem oder gar höherem Grade zu betätigen oder nicht. Wir halten diese Frage geradezu für den entscheidenden, aber bis jetzt keineswegs entschiedenen Punkt, auf welchen für die Dauer alles ankommen, wovon Sieg oder Niederlage des Sozialismus, Reform oder Zerstörung der Zivilisation durch ihn nach der volkswirtschaftlichen Seite hin abhängig sein würde. Und daher wollen wir eben dahin einige kritische Streiflichter werfen, obwohl unsere nächste Aufgabe wesentlich darin bestehen soll, den Inhalt, die Quintessenz des Sozialismus recht konkret festzulegen.

Diesfalls bemerken wir nun, daß der Sozialismus in seiner jetzigen Formulierung schlechterdings den Nachweis noch schuldig bleibt, wie er einen so ungeheuren kollektiven Arbeits- und Kapitalkörper in allen kleinsten Teilen zu fruchtbarem individuellem Handeln und Behandeln bringen will. Von einem Punkt aus läßt sich weder durch Strafen, noch durch Appell an das Volk und seine Pflicht, noch sonstwie es durchsetzen, daß überall im ganzen Umkreis der einen Sozialproduktion von jedem mit geringsten Kosten auf größte Erträge gearbeitet, d. h. daß allseitig wirtschaftlich produziert werde, daß keiner dem Ganzen Zeit unterschlage, keiner den Stoff des Nationalkapitals vergeude und schonungslos anwende, daß in jeder Abteilung der Bestand der Produktionsmittel rechtzeitig, technisch und quantitativ fruchtbarst erneuert, daß die verschieden qualifizierte Arbeit richtig und gerecht abgeschätzt werde, daß nicht von den Wirtschaftsbeamten bis hinauf zu Fouriers „Omniarchen“ mehr ausgebeutet und hinterzogen, mehr „Mehrwert“ verschluckt und „Plusmacherei“ getrieben werde, als dies im liberalen Kapitalistenstaat jetzt der Fall ist. Es genügt bei einer Produktionsgemeinschaft von Millionen allein noch nicht, daß Produzent A weiß: mein „soziales Arbeitseinkommen“ ist davon bedingt, daß auch die 999 999 anderen „Kooperations“-genossen fleißig sind wie ich. Das erweckt noch nicht die nötige Kontrolle, erstickt wenigstens nicht den Trieb der Faulheit und

der Unredlichkeit, hindert nicht die Unterschlagung von Arbeitszeit gegenüber dem Ganzen, vereitelt nicht schon eine verschmitzte oder faktiöse Durchsetzung unrichtiger Taxationen der Einzelleistungen. Der Sozialismus müßte jeden einzelnen mindestens so stark mit seinem Privatinteresse für die Gesamtleistung interessieren, als es bei liberaler Produktionsweise geschieht, — er müßte jede Einzelabteilung für außerordentliche Kollektivleistung zu prämiieren, für wirtschaftliche Nachlässigkeit büßen zu lassen wissen; er müßte ebenfalls und noch besser besonderen technischen Fortschritt materiell auszeichnen, individuelles Verdienst ums Ganze gerecht belohnen, — auch er müßte die zahllosen Arbeitskräfte je an die Stelle ihrer produktivsten Verwendung nicht durch obrigkeitliches Kommando, sondern durch die Macht des Individualinteresses zu dirigieren verstehen. Sonst wird er kaum eine gerechtere Verteilung des Nationalproduktes, keinesfalls aber mit voller Sicherheit eine ertragreichere Sozialproduktion erreichen, als sie durchschnittlich von der liberalen Volkswirtschaft — durch akuteste Erweckung des Privatinteresses und durch Bemessung der Preise nicht bloß nach dem Kostenwerte, sondern auch und namentlich nach dem örtlichen, zeitlichen und spezialtechnischen Nutzwerte der Einzelarbeiten und Einzelgüter — wirklich erreicht wird.

Wir sind sehr weit davon entfernt, zu behaupten, daß dies dem Sozialismus nicht gelingen könne. Die wissenschaftliche Diskussion steht erst im Anfang der gründlichen Erörterung dieser Frage*). Aber das darf ruhig behauptet werden: heute bietet das sozialistische Programm diese Gewähren noch nicht dar, heute hat es über die nötige Organisation der Arbeitsprämierung die nötige praktische Klarheit der Gedanken noch nicht. Und doch ist kein Zweifel, daß, wenn die Kapitalistenkonkurrenz mit ihrem starken Wirtschaftlichkeits-

*) Hinweisung auf die entscheidendsten Punkte s. Schäffle, Gesellschaftliches System der menschlichen Wirtschaft, dritte Auflage 1873. Namentlich mein „Bau und Leben des sozialen Körpers“, 3. Bd., und dem dormaligen Programm der Sozialdemokratie gegenüber ganz besonders meine „Aussichtslösung der Sozialdemokratie“. Dritte Auflage 1891.

drang gefallen wäre, der **Arbeitswetteifer** nur desto mehr leisten, desto höher gespannt und desto edler gestaltet werden müßte.

Ganz besonders ist die sozialistische **Werttheorie**, wenn sie bei der sozialen Bestimmung des Güterwertes nur die sozialen Kosten — gar nicht den örtlich, zeitlich und sachlich wechselnden Nutzwert — berücksichtigen will, total unfähig, das vom Sozialismus aufgestellte Problem der kollektiv-kapitalistischen Produktion in irgendeiner wirklich volkswirtschaftlichen Weise zu lösen. Solange der Sozialismus in diesem Gebiet nicht ganz anderes und Positiveres bietet, ist er aussichtslos. Er wird mit seinem Vorschlag: für eine gerechtere Produktenverteilung, deren mögliche andersartige Schattenseiten erfahrungsmäßig noch nicht klar zu übersehen sind, einen Produktionsprozeß hinzugeben, welcher bei vielen Schattenseiten immerhin in leidlichem Maße vielseitige Gewähren der Wirtschaftlichkeit enthält, — er wird mit diesem Vorschlag gütlich nicht durchdringen und wird, wenn er denselben dennoch gewaltsam durchsetzen will, auf lange keinen Erfolg haben.

Gelänge es dagegen dem Sozialismus, mit seinem unzweifelhaft einheitlicheren, bewußt gesellschaftlicheren Prinzip, mit seiner radikalen Ausrottung des Privatwuchers und Privatmonopols auch die Vorteile allseitiger privater Interessiertheit und allseitig freier Kontrolle bei der Erfüllung der sozialen Berufe zu verknüpfen, also vom Bestehenden alles Gute beizubehalten, dann könnte er mehr oder weniger — wenn auch erst in später Zeit — siegen. Dann arbeiten ihm die ganze Entwicklung der Gegenwart, die Zentralisation im Staat, die für großartigste Zusammenfassung angelegte Natur des modernen Verkehrs, die allgemeine Tendenz zum Großbetrieb und zur mechanischen Konzentration überhaupt, die Vereinigung der Arbeiter im Großbetrieb, ihre steigende Undisziplinierbarkeit privaten Herren gegenüber u. a. mächtig vor. Aber dann müßte er genau dasjenige abgelegt haben, was ihn jetzt so fürchterlich erscheinen läßt, er würde dann wirklich eine Entwicklungsphase bezeichnen, welche nicht radikal ausrottet, sondern die reifen Früchte der bisherigen

Zivilisation zu weiterer und höherer Befruchtung übernimmt. Bis dahin würde freilich ein sehr weiter Weg zurückzulegen sein. Allein schon im voraus diese Durchläuterung für unmöglich zu erklären, ist kein Grund vorhanden. Sich mit derselben zu beschäftigen, ist vielmehr eine der größten und konservativsten Aufgaben, eine Aufgabe, wie es für die weiteren Schicksale der Zivilisation keine entscheidendere zweite gibt. Indem wir uns aber vorbehalten, von dem soeben bezeichneten Standpunkt aus im einzelnen an der Lösung dieser Frage mitzuarbeiten, kehren wir zu unserem nächsten Vorwurf zurück und fahren fort, die Konsequenzen des obersten sozialistischen Grundsatzes zu konstatieren.

Die sozialistische Volkswirtschaft ist, halten wir dies fest, mit grundsätzlicher Notwendigkeit eine einheitlich geschlossene.

Wie die Form dieser Einheit beschaffen wäre, zentral oder föderal, absolut oder demokratisch, wie es und ob es möglich sei, eine so einheitliche Produktion auch durchweg wirtschaftlich zu machen — mag jetzt dahingestellt bleiben; der heutige agitatorische Sozialismus zeigt darin noch klaffende Lücken, nicht bloß der ältere Kommunismus, welcher durch Umdichtung der unvertilgbaren Seelentriebe des Menschen zu reiner Brüderlichkeit und Gemeinnützigkeit wahrhaft Lächerliches geleistet hat. Doch an der Notwendigkeit der gesellschaftlichen, also einheitlichen Form, an der bewußten Zusammenfassung des Produktionsprozesses selbst muß ein Sozialist grundsätzlich festhalten. Die „Anarchie“ individualistischer Konkurrenz ist ja nach seiner Prämisse die Quelle alles Übels, alles Schwindels, aller Desorganisation, aller Unstetigkeit, aller Ausbeutung, aller Ungerechtigkeit der heutigen Volkswirtschaft. Der Sozialistenstaat ist erst verwirklicht, wenn es an den Mitteln der Sozialproduktion nur noch kollektives [Kapital-]Eigentum gibt. Dies muß besonders beachtet werden, wenn man die Lauheit gerade der zielbewußten Sozialisten gegenüber dem kleinbürgerlichen Genossenschaftswesen eines Schulze und gegenüber der Frage der Gewinnbeteiligung der Lohnarbeiter, gegenüber „Arbeitsämtern“ des liberalen Staates, gegenüber dem ebenfalls „anarchischen“ System selbständiger, durch kein einheitliches Band zusammengehaltener, auf dem reinen Kon-

trakttsfuß sich begegnender Produktions-„Gruppen“ und Gruppenkapitale (selbst der „Anarchisten“) begreifen will. Solche Bestrebungen stehen auf dem Boden der Konkurrenz der Sonderkapitale, haben zerstückte Produktionsweise, „anarchischen“ Kampf der Privatinteressen (zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, tüchtigen und faulen Genossen, zwischen Nichtgenossenschaftlern und Genossenschaftlern, zwischen spekulativ glücklichen, talentvollen Produktivgenossenschaften und unglücklicheren Konkurrenzgenossenschaften) fortwährend zur Voraussetzung. Der zielbewußte Sozialist hat dafür, wie erwähnt, nur so weit Sinn, als solche Bestrebungen dem Zusammenschluß der Arbeiter und der Produktionsmittel, sowie der Ausbildung kollektiven Interessenbewußtseins Vorschub leisten; im übrigen zuckt er darüber die Achseln. Man muß dies eben grundsätzlich betrachten, um begreifen zu können, wie lau oder gar ablehnend ein K. Marx zu diesen „Reformen“ sich verhielt. Das Produktionsvermögen muß für den Sozialismus Kollektivvermögen sein, nur dann erscheint ein der Arbeit proportionales Einkommen und Privateigentum an den Genußmitteln realisierbar.

IV.

Das Prinzip des Sozialismus widerstrebt nun nicht bloß dem Fortbestand des Privateigentums an unmittelbar bewirtschafteten Produktionsmitteln, d. h. den Privatunternehmungen (Privatgeschäften, Aktien- und anderen Privatkapitalassoziationen), sondern auch dem Privatbesitz von mittelbaren Rentenquellen, d. h. dem ganzen privaten Kredit-, Leih-, Miet- und Pachtwesen der Gegenwart, nicht bloß dem privaten Produktiv-, sondern auch dem privaten **Leihkapital**.

Staats- und Privatkredit, Zins- und Leihkapital sind mit dem Sozialstaat unverträglich. Und in der Tat will der Sozialismus den Staatsschulden, den Privatschulden, dem Mietwohnungsweisen, dem Pachtverhältnis, allen Börsentiteln der Welt ein radikales Ende bereiten. Bestenfalls würde er Ablösung dieser Titel durch eine Anzahl von Genußmittelraten zulassen. Eine fortdauernde erbliche, auf Geld- und Mietzins begründete Besitzaristokratie, ob Geld- oder Grundadel, negiert er. Er erkennt kaum noch eine Aristokratie des persönlichen Verdienstes an.

Um diese Umwälzung, welche allein schon dem ganzen sozialen Leben von heute eine andere Physiognomie geben würde, überhaupt zu verstehen, braucht man sich wieder nur an die Grundvorstellung des Sozialismus zu halten.

Das Gemeinwesen wäre Generalbesitzer und Erneuerer aller sozialen Produktionsmittel, Generalkapitalist! Wie könnte da eine

private leihweise Übertragung von Kapital an Privatunternehmer, d. h. Produktivkredit, noch stattfinden? Es gibt ja Privatkapital nicht mehr und Privatunternehmer ebensowenig.

Konsumtionskredit, zur Bedeckung von individuellem Notbedarf, könnte nur noch vom Staat als Vorschuß auf die ja nur noch ihm zu leistende Zukunftsarbeit des Schuldners gewährt werden. Im Sozialistenstaat — er rechnet es sich schon als besonderes Verdienst an — ist kein Konsumtionskredit, daher kein privater „Kreditwucher“ gegen die Not denkbar. Die Gemeinschaft würde es sein, welche kommunistisch dem Notleidenden Hilfe leisten oder (bei Arbeitsentlohnung) demselben Vorschüsse auf seinen künftigen Arbeitsverdienst geben und dafür sein gesellschaftliches Arbeitskonto belasten würde. Dieselbe könnte höchstens Ersparnisse gutschreiben, d. h. Versicherungen auf die Zukunft übernehmen, insoweit der einzelne sein wirkliches Arbeitsguthaben erst in der Zukunft beziehen wollte. Das Personalversicherungswesen wäre nicht rein ausgeschlossen, aber es würde nicht mehr auf Zinserträge und auf Bankbetrieb begründet sein können, sondern müßte auf Gutschreibung bzw. Vorvergütung des nicht bezogenen bzw. künftigen Arbeitsguthabens basiert werden, wofern noch Arbeits-, nicht (kommunistisch) Bedürfnisseinkommen herrschen würde.

Pacht könnte es nicht geben, sofern die Pachtgüter Produktionsmittel sind, diese aber im Kollektiveigentum ständen.

Verkaufsmietlokale gäbe es nicht, da der spekulative Privathandel überhaupt aufgehört hätte.

Wohnungsrente wäre ausgeschlossen, da im Sozialistenstaat, wie schon vor längerer Zeit in Basel proklamiert worden ist, der private Bezug der sogenannten Grundrenten (aus guten und gutgelegenen Grundstücken und Häusern) schlechterdings perhorresziert werden müßte und in das Wohnungswesen des Volkes nur dann Stetigkeit und Ordnung gebracht werden könne, wenn es dem „Mietwucher“ entzogen und von Gesellschafts wegen mit dem Siche der Berufsgeschäfte organisch und systematisch verbunden würde.

Der Staatskredit wäre von selbst überflüssig; denn was

dem Staat als außerordentlicher Bedarf zugewiesen wird, könnte ja nur noch naturalwirtschaftlich aus den ohnehin öffentlichen Produktvorräten mit konstitutioneller Genehmigung entnommen werden.

Man wird zugeben, daß alle diese Forderungen strenge Konsequenzen des obersten Prinzips sind. Sie sind zum Teil und mehr oder weniger klar schon gezogen, verbreitet und dem Sozialismus bewußt.

Man denke sich nun, daß es weder Aktien, noch Staatspapiere, noch Lose, noch Prioritäten, noch Pfandbriefe, noch Privatschuldtitel, noch Pachtschillinge, noch Mieteinkünfte mehr gäbe! Offenbar wäre mit dieser radikalen Aufhebung des Rentenwesens das ganze heutige Gesellschaftsleben völlig verändert. Nicht bloß in die Besitz- und Einkommensverhältnisse, sondern in die Art der Konsumtion und des Bedarfes, in die Luxusverzehrung und Luxusproduktion wäre der tiefste Schnitt gemacht, die Bedarfe würden sehr nivelliert werden. Es würde namentlich keine — Börse mehr geben. Den Einwand, daß hiermit die Zukunft der gebildeten und besitzenden Stände gefährdet sei, läßt der Sozialismus natürlich nicht gelten. Er stellt ihm das gleiche Anrecht der Nachkommen des Proletariats auf Besitz und Bildung und Lebensgenuß entgegen, und verspricht allen, die arbeiten wollen, eine mittlere Behaglichkeit des Daseins. Mehr als Ablösung der Rententitel durch eine Anzahl von Genußmittelanuitäten in der Übergangszeit kann der Sozialismus grundsätzlich nicht zugeben. Die ungeheuren tatsächlichen Mißbräuche öffentlichen und privaten Kredites, das unsaubere „Kaubrittertum“ der Börsianer, will er aber gründlich abschneiden.

V.

Doch daran nicht genug. Es muß gesagt werden, daß der Sozialismus von seiner Prämisse aus auch keinem Handel (Privathandel) und keinem Markt mehr Raum geben könnte, ja daß sogar das Metallgeld zuletzt fortfallen und an seine Stelle Arbeitsgeld („Arbeitszertifikate“) treten müßte!

Privates Handelskapital wäre undenkbar.

Der heutige (private, spekulative) Handelsbetrieb ist ganz offenbar die Folge der privaten Produktionsweise und Konkurrenz. Da jetzt die gesellschaftliche Gesamtproduktion des Ackerbaues und der Industrie in zahllose Privatgeschäfte aufgelöst ist, so mangelt ein einheitliches Band der Gesamtproduktion. Dieses Band nun ersetzt das Handelskapital, indem es die Produkte dem einen Geschäfte abnimmt, um sie einem folgenden und endlich dem Konsumenten zu überliefern. Jeder dieser Kaufs- und Verkaufsakte ist auch notwendig entgeltlich; denn Private besorgen den Güterumlauf aus Privatinteresse, lediglich durch Konkurrenz anderer Privatkapitale auf dem Markte sozial bestimmt; sie müssen auch Zug um Zug private Vergeltung finden. Nun denke man sich aber die privatkapitalistische Produktion weg, also an Stelle der zerstückten Privatproduktion einheitlich organisierte Kollektivproduktion, so ist Kauf und Verkauf, „Konkurrenz“ und Markt, Geldpreisfeststellung und Geldzahlung schlechterdings überflüssig. Ja sie ist unmöglich innerhalb der sozialistischen Volkswirtschaft; nur im Verkehr mit „kapitalistischen Staaten“

oder mit kapitalistischen Resten der nationalen Volkswirtschaft müßte die Überbilanz des Aus- und Einfuhrwertes und des inneren Tauschverkehrs mit Geld saldiert werden. Innerhalb des Sozialistenstaates wäre nur noch insolange und insoweit, als das Prinzip des Kollektivkapitals nicht sogleich oder überhaupt nicht ausschließlich angewendet werden wollte, der Geldgebrauch notwendig.

Betrachten wir die Sache noch etwas näher, um es auch nur begreiflich zu machen, weshalb der Sozialismus gerade dem Handel, dem Geldgebrauch, dem Markt und der Handelskonkurrenz, vor allem der Börse, ein radikales Ende machen will, ja grundsätzlich machen — muß! Daß er dies will, weiß jeder, der die umfassenden Angriffe des Sozialismus auf Handel, Börse und Geld nur einigermaßen authentisch, nicht bloß vom Hörensagen, kennen gelernt hat; schon Fouriers Sozialkritik ergeht sich hauptsächlich über diese Gegenstände.

Denke man die Oberleitung aller Produktionsgeschäfte in einer volkswirtschaftlichen Hauptstelle, in einem aus den Produktions- und Absatzämtern hervorgehenden Zentralamt vereinigt, gleichviel ob diese Oberleitung im Geiste des föderalistischen oder des zentralistischen Sozialismus bestellt wäre. In diesem Falle würde von den Zentral- und Mittelstellen des wirtschaftlichen Organismus aus zwar auch eine räumliche Übertragung der Produkte von einer Geschäftsstube zur anderen und Ablieferung an die Konsumenten stattfinden müssen, es würde Transport, Lagerung und Magazinierung — zur Verteilung jeder Produktgattung über alle Bedarfsgebiete im rechten Umfange und zur rechten Zeit — stattfinden müssen, und zwar nach Maßgabe der öffentlich erhobenen Bedarfe jedes Gebietsteils. Es müßten also Transport und Lagerhaltung, welche den heutigen Handel begleiten, auch den Umsatz des Sozialistenstaates, auf Grund einer zentralisierten Berichterstattung und Buchhaltung und Abrechnung zwischen allen Geschäftszweigen, begleiten. Aber dieser Umsatz könnte nicht mehr gewerbsmäßiger Privatakt und nicht Tausch, also nicht mehr Handel, nicht mehr Kauf und Verkauf in einer fortlaufenden Kette privater Tauschakte sein. Der Handel entfiere, er wäre

wirklich — überflüssig geworden. Das Band zwischen den Hervorbringungsgeschäften, das man nur in der privatistisch zerstückten spekulativen Produktionsweise privatistisch knüpfen kann, würde bereits durch einen wirtschaftlichen Unterorganismus einheitlich mit Hilfe öffentlicher Transport- und Lageranstalten, „gesellschaftlich“ (sozialistisch) hergestellt. Die Konkurrenz spekulativer Handelskapitale ist dann nicht bloß überflüssig, sie ist sogar — undenkbar. Es gäbe wohl einen umfassenden „gesellschaftlichen“ Umsatz von Produkten, aber keinen spekulativen Umschlag von Waren mehr. Die umgesetzten Produkte wären wohl noch Frachtgüter und Vorräte, aber nicht mehr Gegenstände privater Tauschspekulation, d. h. nicht mehr „Waren“. Dies ist der Sinn der ausführlichen Nachweisung der Sozialisten, daß die Warengestalt der Güter nur eine der jetzigen individualistischen Produktionsweise angehörige „historische Kategorie“ darstelle, und daß diese Kategorie notwendig jeder wahrhaft „gesellschaftlichen“ Produktionsweise fehle, also dem künftigen Sozialismus fremd sein müßte, wie sie historisch der patriarchalischen und feudalen Wirtschaft im Innern immer fremd gewesen sei und der altindischen Landgemeinde und der inneren Familienwirtschaft noch immer fehle.

Mit der Ware, dem Handel und dem Handelsprofit entfallen dann in gleicher Konsequenz auch der Markt und die Börse.

Die Börse, weil das private Kreditwesen in dargestellter Weise beseitigt wäre!

Der Warenmarkt aber aus anderem Grunde. Die dreifache Hauptaufgabe des Spekulationsmarktes ist: 1) die soziale Feststellung des wirtschaftlich befriedigungsfähigen Gesamtbedarfes, 2) Bestimmung des wirtschaftlich produzierbaren (gefragten) Produktionsquantums und -qualit, endlich 3) die fortgesetzte Herstellung eines das wirtschaftliche Gleichgewicht von Produktion und Konsumtion erhaltenden Tauschwertes. Nun, diese dreifache Hauptaufgabe des Marktes wäre ebenfalls gänzlich gegenstandslos geworden. Die Absatzämter erheben den Bedarf, verteilen hiernach die Nationalarbeit auf die verschiedenen Geschäftsgattungen, auf die Produktions-, Transport- und Lagerkorporationen und deren Ämter und setzen den Wert der Produkte nach Maßgabe

der darauf zu verwendenden „gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit“ (K. Marx) fest. Nach dem so regulierten Wert kämen die Produkte zur Verteilung durch Liquidation gegen die Arbeitsguthaben der sämtlichen Produzenten. Der Spekulationsmarkt wäre also überflüssig. Ist er doch nur Folge der individualistischen Produktionsweise, die von ihm, unter dem abwechselfeitigen Druck der Konkurrenz zahlloser Privatinteressen, mechanisch und immer schwankend in wirtschaftliche Bahnen gedrängt wird; bei einheitlich kollektivistischer Produktionsweise und im Umfang dieser Produktionsweise hätte er keinen Zweck.

Mit dem Spekulationshandel fiel dann von selbst auch die wirtschaftliche Korruption der Presse.

Da die Gesamtheit einheitlichen „Tauschwert“ — vielmehr nicht Tauschwert, sondern soziale Werttagen — normiert, so hat auch die Presse keinen Einfluß darauf. Die volkswirtschaftliche Presse kann nicht mehr die Preise und Kurse beeinflussen. Die ganze Presse kann überhaupt nicht mehr Spekulationsobjekt sein, ihre Freiheit kann nur auf die Sustentation durch Vereine begründet werden, ihr Text müßte auf das spekulative Inseratenwesen verzichten. Dieses würde nicht mehr existieren! Die Israeliten des Sozialismus machen also — man vergleiche Lassalles Spezialerörterungen über das Proletariat der Feder — „dem Judentum in der Presse“ ebenso radikal den Prozeß als dem „Judentum“ des Handels und der Börse, und zwar ohne alle nationale Gehässigkeit! Alle drei wurzeln ja auch ganz und gar im liberalen Boden der Konkurrenz und Spekulationswirtschaft und sind mit dieser groß geworden.

Ähnlich fiel noch manches! Das ganze kostspielige und luxuriöse Annoncen- und Schaustellungswesen mit den enormen Gewölbemietkosten wäre ebenfalls samt dem Klein- und Großhandel, samt dem sterilen und parasitischen Zwischenverkehr, samt der Handelskonkurrenz ganz von sich selbst hinfällig geworden. Man sieht, die Umgestaltung ist eine vollständige für die — Sozialisten.

VI.

Bekannt sind die energischen Angriffe des Sozialismus gegen das Geld. Dem letzteren würde dasselbe Schicksal zuteil werden wie dem Handel.

Wer mag sich in unserer geldwirtschaftlichen Zeit leicht in einen Zustand hineinversetzen können, in welchem ohne Geld der Umsatz der Sonderprodukte und Sonderarbeiten besorgt wird! Und doch war geschichtlich in keinem geschlossenen Wirtschaftskreis Geld nach innen im Gebrauch; auch im geschlossenen Wirtschaftsstaate des Sozialismus müßte es wegfallen, wie es im Innern jeder Familienwirtschaft jetzt noch fehlt.

Die Sozialisten heben, wie schon gesagt ist, am Geldgebrauch den Nachteil hervor, daß er die Ausbeutung der Arbeit verhülle und begünstige. Der Geldlohn als Gegengabe gegen die Arbeitsleistung verdecke die Tatsache, daß der Arbeiter nicht den vollen Ertrag seiner Arbeit in Geld zurückbekomme, sondern den Arbeitsmehrwert (über Unterhaltsvergütung hinaus) dem Unternehmer überlassen müsse. Der Geldbesitz gestatte jedem den willkürlichsten, störendsten Privateingriff in den Gang der sozialen Produktion und Zirkulation der Güter, gebe die Macht zu anarchischen Krisen und Störungen. Das Geld gestatte die maßlose Anhäufung privater Reichtümer und lasse dadurch die Konkurrenz schließlich immer in heillose Privatmonopole ausarten. Die sozialistische Literatur wimmelt förmlich von drastischen Aus-

führungen dieser und ähnlicher Sätze. Wir haben aber auch hier nicht Gegenkritik zu üben, sondern nur die Folgerichtigkeit oder Nichtfolgerichtigkeit des sozialistischen Programms zu konstatieren. In dieser Hinsicht ist allerdings kein Zweifel, daß innerhalb der einheitlich geschlossenen Volkswirtschaft der Sozialisten der jetzige Metallgeldgebrauch überhaupt keinen Platz und Zweck mehr hätte.

Das Geld erfüllt heute zwei Hauptaufgaben. Es ist den Nationalökonomen zufolge einerseits das allgemeine Wertmaß (Schätzungsmittel), anderseits und auf Grundlage seiner ersten Eigenschaft auch das allgemeine Vergeltungsmittel zwischen Privatwirtschaften, sogenanntes Wertübertragungsmittel (allgemeines Tauschmittel, Zahlungsmittel, Liberierungsmittel, Transport-, Aufbewahrungsmittel und Leihmittel).

In der zweiten Eigenschaft eines Vergeltungsmittels (im privaten Tausch-, Zahlungs- und Leihverkehr) wäre Geld völlig überflüssig geworden. Es gäbe ja, wie gezeigt, privaten Tausch- und Leihverkehr nicht mehr; Produkte würden gegen die Zertifikate, welche auf Arbeitsguthaben von der sozialen Arbeitsbuchhaltung gegen die Lagerbuchhaltung ausgestellt würden, oder (kommunistisch) in Verteilung nach „vernünftigem Bedürfnis“ von Gesellschafts wegen übertragen werden. Dieses „generellen Kaufmittels“, welches jetzt dem privaten Verkäufer für sein verkauftes Produkt als Mittel privater Verwandlung in jede Güterart, als Vergeltung und sozusagen als faustpfändliche Realsicherheit in die Hand gegeben werden muß, bedürfte es schlechterdings nicht mehr. Es würde zwischen dem Kollektivproduktionskörper und den Konsumenten (Produktionsguthaben) nach Arbeitszeit und nach Arbeitszeitwert, im Wege der Kompensation durch die öffentlichen Wirtschaftsämter und Clearinghäuser, ohne Geld abgerechnet werden müssen, und ebenso zwischen diesen Ämtern selbst, sofern sie Produkte voneinander übernehmen, endlich zwischen ihnen und den öffentlichen Lagern. — In der anderen Eigenschaft, als Wertmaß, würde das Geld im Sozialistenstaat ersetzt sein durch den durchschnittlichen Arbeitstag, nach welchem der Wert der Produkte geschätzt und bei Verteilung

nach dem Arbeitsguthaben (im nichtkommunistischen Sinne) verrechnet würde.

Auch als gerichtliches Abschätzungsmittel wäre der soziale Arbeitstag die Werteinheit; den gerichtlichen Anschlägen, Strafen und Vollstreckungen wäre durch Bons auf die öffentlichen Arbeitskonti der Verurteilten und Gemeinschuldner gar die denkbar sicherste Unterlage gegeben.

Das Wertmaß, dessen auch der geschlossene Wirtschaftsstaat nicht entbehren könnte, wäre noch da, aber substantiell ein anderes geworden, d. h. als bestimmter Bruchteil der sozial zusammengefaßten Gesamtarbeit. Insofern ist es — die Möglichkeit dieses anderen Wertmaßes vorausgesetzt — nur folgerichtig, wenn die Sozialisten die Abschaffung des jetzigen Geldes nachdrücklichst proklamieren. Als privates Vergeltungsmittel, als generelles Kaufmittel und Zwischenpfand des Tausches wäre es überflüssig; für diese Funktion allein ist aber das Metallgeld notwendig. Als Wertmaß wäre letzteres — wir wiederholen es — durch die reale Werteinheit eines Bruchteils gesellschaftlicher Arbeitszeit ersetzt.

„Gesellschaftliche Arbeitszeit“ als Wertmaß!

Den meisten Lesern wird der Gedanke unfaßlich sein; viele werden davon kaum gehört haben. Und doch bildet diese Idee theoretisch das eigentliche Fundament des Sozialismus. Im sozialistischen Gedankenkreise hat sie sich auch bereits tief eingelebt, und Karl Marx erklärt seine Ausführungen über die Arbeit als Wertsubstanz und als Wertmaß ausdrücklich für den Eckstein seines ganzen Systems. Machen wir uns daher mit dieser sozialistischen Wertidee doch etwas näher bekannt, indem wir ihren Kern aus dem etwas verwickelten und für Laien schwer verständlichen dialektischen Gespinste des Marx'schen Buches loslösen.

Die „Substanz des Wertes“ der Produkte liegt nach dieser Theorie in der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“, durch welche das Produkt zustande kommt. Die Produkte werden als verkörperte Arbeit („geronnene Arbeitszeit“, „Arbeitsgallerte“ usw.) bezeichnet. Und zwar sei wertbestimmend nicht die nächste beste

beliebige Privatarbeit, sondern „gesellschaftlich notwendige Arbeit“, d. h. eben Arbeit derart, wie sie nach dem gegebenen Stande der gesellschaftlichen Technik für eine Bedarfs-einheit durchschnittlich aufgewendet werden müsse, um das Produkt im ganzen Bedarfsumfang zustande zu bringen. Wenn beispielsweise — so wird der Marxsche Gedanke exemplifiziert werden dürfen — ein Land 20 000 Hektoliter Weizen bedarf und für deren Erzeugung 100 000 Tage sozialer (konkurrenzfähiger, eventuell sozialistisch organisierter) Arbeit aufwenden muß, so wäre demzufolge der gesellschaftliche Wert des Hektoliters $= \frac{100\ 000}{20\ 000} = 5$ Tagen sozial konstituierter Einzelarbeit. Dieser Wert hätte zu gelten, auch wenn einzelne Betriebe so unwirtschaftlich wären, das Hektoliter zu 10 oder 20 Individualarbeitstagen hervorzubringen. Dächte man nun alle Produktgattungen, welche immerfort produziert werden, nach ihrem erfahrungsmäßigen sozialen Arbeitsaufwand abgeschätzt, so fände man durch Summierung die ganze soziale Arbeitszeit, welche für die gesellschaftliche Gesamterzeugung des sozialen Gesamtbedarfes nötig ist. Wir wollen annehmen, diese Summe betrage 300 Millionen Tage sozial gegliederter Arbeit oder a 8 Tagesstunden 2400 Millionen soziale Arbeitsstunden. Das (jetzt unter Führung der konkurrierenden Kapitale eventuell) unter einheitlicher öffentlicher Leitung hervorgebrachte Gesamtprodukt aller Güterbedarfe hätte ebenfalls 2400 Millionen Arbeitsstunden zum Totalwert, genau so viele Arbeitsstunden als von einer Million Arbeiter im Jahre wirklich geleistet worden wären. Die Arbeitsstunde $= \frac{1}{2\ 400\ 000\ 000}$ der jährlichen Kollektivarbeit aller wäre das allgemeine Wertmaß, wovon 2400 Millionen Kennwerteinheiten in „Arbeitszertifikaten“ oder Arbeitschecks an die Arbeiter ausgegeben werden könnten und müßten, damit sie das zusammen ebenfalls 2400 Millionen Arbeitsstundenwerte Gesamtprodukt der Kollektivarbeit bei den öffentlichen Magazinen auslösen. Die geleistete totale Arbeitssumme der Periode käme immer dem Totalwert der Produktmasse derselben Periode wenigstens beiläufig gleich. Die Wirtschaftsämter würden die geleistete Arbeit gutschreiben, den Wert des Produktes nach dem ihnen eo ipso bekannten durchschnittlichen Kostenmaß „gesell-

schaftlicher Arbeitszeit" fixieren, auf die Arbeitsgutschreibungen Schecks aushändigen und gegen die Schecks die Produkte zur sozialen Arbeitskostentaxe ausliefern.

Nichts erscheint einfacher, als die Harmonie dieser Werttheorie mit dem früheren sozialistischen Hauptverlangen, den Genuß mit der Arbeit proportional zu machen und jedem seinen vollen Arbeitswert oder Arbeitsertrag als privates Einkommen, als „wahres“ privates Eigentum zuzuscheiden, „wahrhaftes“, „auf eigene Arbeit gegründetes Eigentum und Einkommen“ allgemein herzustellen und den Bezug des „Mehrwertes“ durch dritte abzuschneiden (Eisenacher Programm von 1869).

Zwar bekommt nicht jeder sein Produkt; soziale Produktion hat ja den Zweck, alle füreinander in arbeitsteiliger Weise produzieren zu lassen. Allein, wenn nur die Arbeitsleistung des einzelnen auf die Werteinheit der sozialen Arbeitsstunde richtig abgeschätzt wäre — die bessere auf mehr, die schlechtere auf weniger Brucheinheiten der Sozialarbeitszeit, — so würde jeder doch im Verhältnis seiner Leistung an die Gesellschaft auch wieder von der Gesellschaft empfangen, er würde das „Äquivalent“ seiner Individualarbeit in Gestalt gesellschaftlicher Produkte zu seinem Genuß zurückerhalten.

Auch in einer anderen Beziehung schiene wenigstens verhältnismäßig volle und gleiche Vergeltung jeder Arbeit stattzufinden. Wenn man nämlich einwenden würde: „das Volk habe ja auch Staats-, Kommunal-, Schul-, Kirchen- und andere gemeinnützige Bedarfe, der einzelne könne also nicht seinen ganzen Arbeitswert in Kollektivprodukten beziehen“, so wäre dies doch nur scheinbar richtig. Angenommen: von dem Produkt der 300 Millionen sozialer Arbeitstage sei selbst $\frac{1}{3}$, also ein Wert von 100 Millionen Arbeitstagen, vorwegzunehmen zur Bestreitung des öffentlichen Aufwandes, so blieben allerdings nur Produkte im Sozialtarwerte von 200 Millionen Arbeitstagen zur Privatverteilung unter die Produzenten, von welchen doch 300 Millionen Arbeitstage geleistet wurden, übrig. Davon wäre aber die Folge doch nur dies, daß für eine Arbeitsstunde Leistung nur

ein Scheffelnwert von $\frac{2}{3}$ der Arbeitsstunde ausgestellt würde, indem das dritte Drittel durch Gemeingenuß der öffentlichen Güter, beziehungsweise als Steuerlast liquidiert gälte. Indirekt wäre also verhältnismäßig gleiches, lediglich nach Maßgabe der individuellen Arbeit bemessenes Einkommen und daraus sich ergebendes Privateigentum, überdies volle Verhältnismäßigkeit der Besteuerung hergestellt.

Dies alles ist konsequent gedacht.

Es fragt sich nur: 1) theoretisch, ob der Vordersatz richtig ist, wonach die „gesellschaftlichen Arbeitskosten“ das Wertmaß der Güter sind, — 2) praktisch, ob der geschlossene Sozialistenstaat die enorme Sozialbuchhaltung bewältigen und ungleiche Arbeit auch richtig nach sozialen Arbeitszeiteinheiten abzuschätzen vermöchte.

Die erstere Frage muß nun ganz unbedingt verneint werden; denn der „Wert“ der Güter richtet sich ersichtlich nicht bloß nach den Kosten, sondern auch nach dem Gebrauchswerte, d. h. der Dringlichkeit des Bedarfs. Ohne Berücksichtigung des wechselnden Gebrauchswertes verschiedenartiger Arbeiten und verschiedenartiger Produkte ist eine soziale Werttaxe, welche an Stelle der Marktpreisbestimmung der Gegenwart auf volkswirtschaftliche Weise gesetzt werden könnte, schlechterdings undenkbar. Wie schon bemerkt, muß der Sozialismus seinen Fundamentalsatz vom sozialen Arbeitskostenwert der Güter von Grund aus zu korrigieren verstehen. Das ist, dünkt uns, nicht unmöglich; wir lassen es hier dahingestellt. Aber der bloße Arbeitskostenwert, wie er bisher formuliert war, macht die ganze Ökonomie des Sozialismus vorläufig zur Utopie. Wenn z. B. der Sozialbürger nach schlechter Ernte Brot verlangt, kann ihm der Sozialistenchef nicht Steine und nicht Kleider und nicht Vergnügen dafür bieten. Aber dem, welcher das besonders begehrte Brot verlangt, muß eine Taxe über den Kostenwert angelegt werden, bei der er sich nach der Decke streckt, damit das Mangelnde, aber Begehrtere, für alle wenigstens zur Not reichen könne. Also der Sozialwert („Tauschwert“) muß nicht bloß als Kosten-, sondern zugleich als wechselnder Gebrauchswert bestimmt sein;

Sozialbedarf und Sozialproduktion geraten sonst in eine heillose quantitative und qualitative Disharmonie, die niemand bewältigen könnte. Der Sozialismus selbst muß diesen von seinen Theoretikern früher mißachteten Punkt am ehesten außer Zweifel zu stellen suchen (vgl. S. 31)*).

Das hat er nur dann nicht nötig, wenn er — wie z. B. der Sozialismus der deutschen Sozialdemokratie seit dem Gothaer Programm von 1875 (im Gegensatz zum Eisenacher Programm von 1869) — überhaupt nicht im Verhältnis des Wertes der Arbeitsleistungen eines jeden, sondern im Verhältnis der vernünftigen Bedürfnisse austeilen will, d. h. wenn er als Kommunismus auftritt. Dann ist der Marx'sche Arbeitskostenwert als Verteilungsmaßstab selbstverständlich gegenstandslos, und auch eines Arbeitsgeldes als Vergeltungsmittels bedürfte es dann nicht mehr.

Dann wäre aber auch die ganze Volkswirtschaft unvermeidlich eine Generalunwirtschaft, ein wirtschaftlich unscheidbares Chaos; denn die allgemeine Belebung der Wirtschaftlichkeit in allen einzelnen zum Vorteil des Ganzen wäre unmöglich.

*) Näheres über die grundwichtige Frage der Formen der Tauschwertbestimmung s. im 3. Bande meines „Bau und Leben“.

VII.

Hier ist nun der Ort, auf den oben (unter III) zurückgestellten, wohl schwächsten oder wenigstens dunkelsten Punkt in der bisherigen Formulierung des sozialistischen Programms — nämlich auf die wirtschaftliche Klassifikation und Kontrolle der Einzelarbeiten innerhalb des ungeheuer ausgedehnten Kollektiv-Arbeitskörpers — zurückzugreifen.

Nach welchen Grundsätzen sollen alle Arbeitskräfte über das weite Produktionsgebiet verteilt werden? Werden sie sich von den Wirtschaftsamtern beliebig verschieben, verpflanzen, auf Neues einschulen lassen?

In der heutigen liberalen Volkswirtschaft löst sich diese Schwierigkeit der wirtschaftlichen Klassifikation der Einzelarbeitskräfte innerhalb des sozialen Arbeitskörpers sehr einfach. Der Lohn richtet sich eben nicht bloß nach den Kosten, sondern sinkt da, dann und für die Arbeit, wo, wann und für welche kein Begehrt vorhanden ist, d. h. wo geringerer Gebrauchswert sich geltend macht; der Arbeitspreis steigt dagegen zur Zeit, am Ort und für das Objekt des steigenden und dringlicheren Begehrt, d. h. des wachsenden Gebrauchswertes. Die Folge hiervon ist, daß die Einzelarbeiter, durch ihr eigenes Interesse von der gebrauchswertlos gewordenen Produktion abgestoßen, zu der begehrten aber hingezogen werden — ohne allen amtlichen Zwang. Die Freizügigkeit ist die Form des öffentlichen Rechtes,

welche die eigene, interessierte Bewegung der Arbeiter zu den Punkten des ergiebigsten Lohnes gestattet.

Selbst der nichtkommunistische, geschweige der kommunistische Sozialismus würde nie und nimmer seiner Aufgabe gewachsen sein, wenn er dieses nicht nachahmt, wenn er nur auf Grund reiner Kostenwertbestimmung die Arbeitstage taxiert, statt sie bei örtlich und zeitlich sinkendem Gebrauchswert jeder Arbeitsgattung mehr oder weniger unter dem einfachen Arbeitstag, bei örtlich und zeitlich steigendem Gebrauchswert dagegen über dem einfachen Arbeitstag periodisch zu taxieren. Vermag er das nicht zu bewerkstelligen, so wird er nicht Herr der unproduktiven Anhäufung, so muß er alle Arbeiter hin und her kommandieren. Führt er dagegen den Gebrauchswert in die soziale Arbeitstage (den Sozialtauschwert) ein, so zieht das Privatinteresse auch seine Arbeiter von den unproduktiven zu den produktiven Arbeitsfeldern, es braucht keines zwingenden Postenkommandos, alle wesentlichen Vorteile der liberalen Freizügigkeit und freien Berufswahl könnten dann eher auf den Sozialstaat übertragbar gedacht werden. Die individuelle Freiheit der Arbeitsbetätigung wäre gewahrt; den Ämtern gegliederter Produktion wäre eine produktive Dislokation der Arbeitskräfte möglich gemacht.

An sich ist nun die Aufnahme des Gebrauchswertes in die Bestimmung der Sozialtaxen nicht undenkbar. Bei einheitlicher Produktion wird ja sehr bald bemerkbar, welche Arten von Arbeit und wo diese überflüssig oder begehrt wären; die Bedarfsänderungen und Ausfälle ließen sich viel einheitlicher übersehen. Danach könnte niedriger oder höher taxiert werden, um die wirtschaftliche Wanderung der Arbeit anzuregen. Aber dann müßte der jetzige Irrtum derjenigen Werttheorie, für welche der Wert nur nach den Sozialkosten sich richtet, in Ansehung der Taxation der Arbeiten ebenso aufgegeben sein, als in Ansehung der Taxation der Produkte. Beide müßten bei sinkendem Gebrauchswert Abschläge, bei steigendem aber Zuschläge erfahren. Ohne diese Einführung des Gebrauchswertes in die Sozialtaxe, d. h. ohne analoge Nachahmung aller Wertbestimmungsvorgänge

des heutigen Marktes, wäre gar nicht daran zu denken, daß irgendeine oberste Leitung des einheitlichen Produktionssystems Arbeits- und Güterbedarfe quantitativ und der Art nach mit den Arbeits- und Gütervorräten in Übereinstimmung erhalten, d. h. jenes volkswirtschaftliche Gleichgewicht der Arbeit und Verzehrung bewahren könnte, welches jetzt täglich neu, wenn auch stoßweise, unter dem Einfluß der auch den wechselnden Gebrauchswert (Begehr) beobachtenden Marktpreise, hergestellt wird.

Man sieht also, daß von der Feststellung der Sozialtauschwert-Theorie dreierlei abhängt: 1) die Möglichkeit, einen so großen Arbeits-, Produktions- und Bedarfskörper in wirtschaftlichem Gleichgewicht zu erhalten und überhaupt zu dirigieren; 2) die Einräumung der notwendigen individuellen Freiheit der Arbeit und der Verzehrung; endlich 3) die allseitige Erweckung zu wirtschaftlicher Anwendung der Arbeitskraft und der Güter in jedem einzelnen. Freilich würde dadurch der neue Zustand dem heutigen Leben und seinen Gewohnheiten sehr viel näher kommen. Das Gute der liberalen Volkswirtschaft, die Einzelfreiheit, die Freizügigkeit, die Erwerbsfreiheit, käme vielleicht zur Geltung, während der fast völlige Mangel einheitlicher Organisation aufhören würde.

Ob es nun möglich wäre, ein soziales Tarwesen (Sozialtauschwert-Bestimmung) nach dem Maßstab auch des besonderen und wechselnden Gebrauchswertes aller Einzelarbeiten und aller Einzelprodukte jemals zu organisieren, wollen wir hier dahingestellt sein lassen. Die Frage ist bisher fast gar nicht erörtert und daher nicht spruchreif. Aber unbedingt wagen wir die Behauptung, daß die individuelle wie artweise Beachtung des Gebrauchswertes bei Konstituierung des Wertes der Arbeit und der Produkte als die erste und entscheidendste Vorfrage anzusehen ist. Mit anderen Worten: wenn der Sozialismus nicht alle gute Seiten der liberalen Freiheit der Arbeit und des Haushaltes zu bewahren und ihnen dann seine unleugbaren spezifischen Vorteile (wechselseitige Arbeitszucht und Arbeitskontrolle, stärkere freie Disziplin, sichere Vereitelung der Überarbeitung und der Kinder- und Frauenverwahrlosung, Verhütung der Aus-

beutung durch Privatinteressen, Beseitigung der Faulenzerei und des unproduktiven parasitischen Lebens, Verhütung der Korruption, des maßlosen Luxus, der Eigentumsverbrechen usw.) weiter beizufügen vermag, so hat er keine Aussicht und keinen Anspruch auf Verwirklichung; denn alle letztgenannten Vorteile können in einem nur mechanisch zusammengehaltenen Arbeitszwangsstaat in ihr Gegenteil umschlagen, wenn nicht der Freiheit der individuellen Bewegung, der individuellen, der artweisen und der zeitweisen Wertabstufung ein gebührend weiter Spielraum bewahrt werden kann. Es ist merkwürdig, ja tröstlich, daß alles, was den Sozialismus überhaupt erst praktisch diskutierbar macht, ihn auf eine Bewahrung, ja auf eine Potenzierung der wirtschaftlichen Glanzzeiten der liberalen Volkswirtschaft hindrängt.

Möge deshalb der Leser es nicht verargen, wenn wir bei der Werttheorie im vorstehenden uns so lange doktrinär aufgehalten haben. Es ist unsere wissenschaftlich wohldurchdachte Überzeugung, daß erstere keine geringere Bedeutung für die Zukunft hat als irgendeine Theorie Rousseaus und anderer Geister der ersten liberalen bürgerlichen Revolution. Die Korrektur der jetzt noch weitverbreiteten Theorie des sozialen Arbeitskostenwertes ist vielleicht für die Geschichte ganzer Völker bedeutsam.

VIII.

Wir haben bis dahin gefunden, daß in Beziehung auf soziale Hervorbringung, Umsetzung und Wertbestimmung der Güter das sozialdemokratische Prinzip nichts mehr übrig läßt, was wesentlich dem privaten Produktionssystem als Eigenschaft und Folge zugehört. Privatdienstmiete, spekulatives Sonderkapital (privates und erwerbsgesellschaftliches), Konkurrenz, Markt und Börse, Marktpreis und Kurs, der Handel samt dem Annoncen- und Reklamewesen, der Schaustellungsluxus, der Metallgeldgebrauch, Kredit, Miete, Pacht, sodann alle jetzigen Formen der Privateinkünfte (Lohn, Gewinn, Zins, Grund- und Häuserrente), die Ableitung des öffentlichen Einkommens aus dem Privateinkommen (d. h. das heutige Steuerwesen), — alles dieses, was die wesentlichen Charakterzüge der modernen Volkswirtschaft ausmacht, könnte mit dem „sozialen“ Prinzip der Produktion und Umsetzung der Güter grundsätzlich und endgültig nicht zusammen bestehen. Es würde zu den „überwundenen historischen Kategorien“ gehören. Eine ganz andere Welt ist es, die sich eröffnet, und in welche sich auch nur hineinzudenken bei der ersten Beschäftigung mit den fraglichen Theorien fast unmöglich ist. Die arbeitsteilige Kollektiv-Großproduktion wäre das einzige, was als reife Frucht des entwickelten „Kapitalismus“ aus dem jetzigen in den Sozialistenstaat überginge, ja sogar zur allgemeinsten Anwendung gelangen würde.

Wir müssen noch näher zu den nationalökonomischen Kategorien der Verteilung und der Konsumtion der Güter, zum Ein-

kommen und Einkommensgebrauch uns hinwendend weiter fragen: wie würde eventuell das Einkommen sich gestalten? wie würde es zur Konsumtion und zur Bildung von Privateigentum verwendet werden?

Daß alles Privateinkommen überhaupt — von Geschenken und freien Widmungen abgesehen — nur unterschiedsloses Arbeits- (kommunistisch: Bedürfnis-) Einkommen wäre, ist dargestellt. Die Zuteilung der Produkte würde als Liquidation der Arbeitsleistungsguthaben bei den öffentlichen Lieferungs- magazinen sich vollziehen. Der Gegensatz von Profit und Lohn würde zu den gründlich überwundenen „historischen Kategorien“ (Marx) gehören. Ebenso ist dargetan, daß die Gesamtheit ihr Einkommen nicht mehr, wie im kapitalistisch-liberalen Staat, aus den Privateinkommen der Bürger erst ableiten würde; d. h. die Besteuerung im heutigen Sinne wäre undenkbar. Was nämlich die Gesamtheit als öffentlichen Bedarf anerkannt hätte, das würde, da die Gesamtheit alle Produktvorräte naturell in Händen hätte, aus den öffentlichen Lagern direkt bezogen und zur Besoldung der öffentlichen Diener verwendet werden. Merkwürdig, daß diese strikte Folgerung, welche in fast imposanter Einfachheit das Steuerwesen mit allem, was drum und dran, beseitigt, nicht allgemein klar erkannt, wenigstens nicht stark erörtert wird. Ganz offenbar ist die Besteuerung als Ableitung des Staatseinkommens aus dem Privateinkommen nur dem Staate der individualistischen Produktionsweise notwendig eigen; im Sozialistenstaat wäre sie — selbst die einzige Einkommensteuer — ein Umzug mit der Kirche ums Dorf.

Wie nun verhielte es sich mit der möglichen Verwendung des privaten Einkommens?!

Es sind viererlei freiwillige Verwendungsweisen alles Einkommens denkbar:

- eigene Verzehrung,
- eigene Ersparung (unmittelbare Vermögensanhäufung),
- heimzahlbare Übertragung an andere (mittelbare Vermögensanhäufung),
- endlich Verschenkung an dritte.

Diese vier Fälle sollen noch, mit Rücksicht auf die Konsequenzen des sozialistischen Prinzips, nur kurz und im allgemeinsten geprüft werden.

1) Eigenverzehrung!

Das Prinzip der kollektivwirtschaftlichen Produktion hindert in keiner Weise, daß jeder gegen seine Arbeitsleistungen erlange, was seinem Bedarf und Belieben entspricht. Nur sofern der geschlossene Wirtschaftsstaat gewisse physisch oder moralisch schädliche oder mit seinen Prinzipien unvereinbare Bedürfnisse verwerfen oder gründlich dadurch abschneiden würde, daß er ihre Befriedigungsmittel nicht produziert und nicht anbietet, wäre auch die private Verwendung des Einkommens und die freie Wahl individueller Bedarfe ausgeschlossen (vgl. oben III).

2) Die Eigentumsersparung und Privateigentumsbildung!

Auch sie ist, sofern sie nicht Produktionsmittel der Kollektivarbeit zum Gegenstand hat, mit dem Grundprinzip des Sozialismus verträglich.

Entgegen allen anderen und weitverbreiteten Ansichten ist nochmals zu betonen, daß der Sozialismus weder das Eigentum überhaupt, noch das Privateigentum allgemein ausschließt. Zwar heißt der Kollektivismus schlechtweg und ziemlich ausschließlich kollektives Kapital, aber er negiert nicht schlechthin das Privateigentum. Wie die beliebige sofortige Verzehrung, so ist auch beliebige private Anhäufung von Gütern, welche nicht der Produktion dienen, also beliebige Bildung und Vererbung privaten Eigentums an Genußmitteln mit ihm verträglich. Die Aufhebung des Privateigentums überhaupt, wie die schlechthinige Nivellierung aller Bedarfe, ist nicht Folgerung aus dem obersten Grundsatz jeder Art von Sozialismus.

Nur an den Mitteln kollektiver Arbeit, nicht an den Mitteln individueller Verzehrung, soll, ja kann überhaupt Kollektiveigentum stattfinden. An Lebensmitteln, die nur einer essen, an Kleidern, die nur einer tragen, an Bildungsmitteln, die nur einer nützen kann, ist Gemeineigentum überhaupt unmöglich. Dies ist um so nachdrücklicher zu betonen, je mehr die

heutige öffentliche Meinung geneigt ist, im Gebiete der Einkommensverwendung und des Haushaltes (i. e. S.) den Kollektivisten weit mehr Mißbilligung zuzuschreiben, als in der Konsequenz und den Schriften des nichtkommunistischen Sozialismus durchaus begründet ist, während man dessen ungeheure Umwälzung im Produktions- und Umsatzbereiche noch kaum zu fassen scheint und daher wohl auch bedeutend unterschätzt. Es ist gerade hier bedauerlich und kann keine guten Früchte bringen, daß man sich nicht ruhig und besonnen über die wahre Tragweite des kollektivistischen Prinzips klar werden, daß man Wesen und Beiwerk des Sozialismus nicht scharf voneinander unterscheiden mag. Die Folge davon ist, daß man dessen Tragweite hier unterschätzt, dort ins ungeheuerliche verzerrt. Selbst Gebildete geben sich bezüglich der „Eigentumsnegation“ Blößen einer Ignoranz, welche schon von Tausenden von gemeinen Arbeitern klar erkannt und gern als Böswilligkeit der herrschenden Klassen ausgelegt wird.

Wir sagen also mit Nachdruck: es ist nicht richtig, daß der Kollektivismus alles und jedes Eigentum aufzuheben trachte, daß er schlechthinige Negation des Eigentums sei. Nur das Privateigentum an den Produktionsmitteln wird negiert und will durch Kollektiveigentum an Produktionsmitteln (Grundstücken, Werkhäusern, Maschinen usw.) ersetzt werden. Das private Eigentum an Genußmitteln wird nicht negiert, kann ja gar nicht negiert werden. Privaten Gebrauch und privates Eigentum an Lebensmitteln, Kleidern, Mobiliar, Büchern usw. zu negieren, hat wohl kein heutiger Sozialist die Torheit und die Tollheit. Nur an den Produktionsmitteln der schon heute arbeitsteiligen (kollektiven, kooperativen) Arbeit, d. h. am Kapital, soll Kollektiveigentum eingeführt werden, ähnlich dem schon bestehenden Staats- und Kommunaleigentum an Straßen, an öffentlichen Plätzen, an Verkehrsanstalten, an Bildungs-, Rechts-, Ordnungs- und Verteidigungsanstalten. Also Ausdehnung des jetzt schon umfassend geltenden Prinzips des Kollektiveigentums auf die Mittel der arbeitsteiligen Produktion, d. h. auf das Sozialkapital, wird erstrebt; nur im Umfang dieser Erweiterung des Kollektiveigentums soll eine Verengung

des Privateigentums stattfinden. Wir betonen dies nachdrücklich, nicht um diese Erweiterung des Kollektiveigentums hier zu vertreten oder zu bekämpfen, sondern um vor falscher Fragestellung zu warnen. Wer nur einigermaßen die „soziale Literatur“ kennt, weiß auch, wie sehr die Insinuation, als ob der Sozialismus schlechthin jedes Eigentum aufheben wolle, von den Führern des Proletariates benutzt wird, die besitzenden und die gebildeten Klassen des absichtlichen Mißverständnisses, des Nichtverstehenswollens, der gemeinen Verleumdung und der niederträchtigen Denunziation anzuklagen. Es ist in der Tat nicht wahr, daß der Sozialismus verlangt, man solle jedes Jahr neu „teilen“. Er verlangt eine der Feudallastenablösung ähnliche Ablösung des Privateigentums an den Mitteln des sozialen Produktionsprozesses, Zusammenlegung der Produktionsmittel zu Gesamtbesitz und eine Verteilung des mit Hilfe des Kollektivkapitals erzeugten jährlichen Güterertrages nach Maßgabe der von jedem Arbeiter geleisteten Arbeitszeit (kommunistisch nach Bedürfnis). Man kann dies Verlangen für unausführbar und höchst zweckwidrig halten; aber es ist unwahr, zu sagen, daß es ein periodisches „Teilen“ der Früchte der Privatarbeit und der Privatersparnis an faule Miteßer in sich schließe oder den unsinnigen Gedanken hege einer Aufhebung des Privateigentums auch an solchen Genußmitteln, welche ihrer Natur nach nur privatim — von einem oder von dem Sonderkreis der Familie nur ausschließend — verzehrt werden können. Es ist auch nicht wahr, daß das Prinzip des Kollektiveigentums überhaupt ein neues sei, welches dem bestehenden Recht fremd und feindlich gegenüberstände; denn alle moralischen Personen vom Staat, der Kirche und der Gemeinde an bis zur letzten Familie herab repräsentieren Kollektivbesitz im weitesten Umfang. Die Frage ist lediglich die: sollen die Produktionsmittel, sofern sie Grundlage der jetzt schon arbeitsteilig kollektiven Nationalarbeit sind, fortan Kollektiveigentum der nationalen, beziehungsweise kommunalen Arbeitskörperschaft werden? Dies ist die Frage. Ob man sie so oder so entscheide, das ist unleugbar, daß dabei weder das Privateigentum an allen Gütern, noch das Eigentum über-

haupt in Frage gestellt ist. Jede Möglichkeit einer verständigen Diskussion fehlt, ja man treibt sicher das „Proletariat“ nur in immer tiefere Leidenschaft hinein, wenn man, statt präziser Festhaltung der wirklichen Frage, dem Sozialismus Dinge andichtet, von denen er selbst nichts will. Das ist sehr gefährlich; denn man wird, wenn man unter dem Sozialismus nur ein unaufhörlich erneuertes „Teilenwollen“ versteht, während er dauernde Zusammenlegung der Produktionsmittel will, in den Widerlegungen desselben stets zu viel, daher nie Triftiges beweisen.

Auch die Negation alles Privat- und Familienerbrechtes ist keineswegs notwendige Konsequenz oder irgend wesentliches Interesse des Sozialismus.

Der letztere hat Grund, zu denjenigen seiner Brauseköpfe, welche „das“ Erbrecht abschaffen wollen, zu sagen: „Der Herr bewahre mich vor meinen Freunden!“ Das Prinzip des Kollektivismus gestattet dem Erbrecht genau so viel Raum als dem Privateigentum, so viel Unsinniges auch hierüber von älteren und neueren Sozialisten fabuliert worden ist und so sehr konfuse Sozialschriftsteller noch heute dem Proletariat den Mund mit der Aufhebung oder wesentlichen Einschränkung des Erbrechtes wässern machen. Freilich am Kapital könnte kein Privaterbrecht haften, weil es unveräußerliches Kollektiverbe der Gesamtheit geworden wäre. Die Macht privaten Kapitalbesizes, den sozialen Produktionsprozeß zu leiten und für sich auszunützen, kann der Sozialismus nicht fortbestehen, nicht neu entstehen, folgerichtig auch nicht vererben lassen. Wenn es aber von ihm durchgesetzt wäre, daß die Produktionsmittel, das Kapital, überhaupt nicht mehr im Privateigentum liegen dürfen, etwa so, wie in der „bürgerlichen“ Revolution von 1789 durchgesetzt worden ist, daß feudales Obereigentum an Grundstücken nicht fortbestehen und dingliche Zinsbelastung nicht neu entstehen dürfe, so könnte dagegen die Vererbung der Genußmittel: Kleider, Mobilien, Bildungsmittel, Unterhaltungsmittel, Privatkunstwerke usw., sehr wohl zugelassen werden, ohne dem obersten Grundsatz des Sozialismus auch nur ein Haar zu krümmen. Dieses Privaterbrecht hätte

in sich selbst begrenzten Inhalt; denn die private Erübrigung von Genußmitteln zur Hinterlassenschaft wäre eine sehr beschränkte, da der jetzige Reichtum Privater an Genußmitteln in der Hauptsache mit deren rentablem Eigentum an Produktionsmitteln und vorzüglichen Rentenquellen wegfiel. An dem einflußreichsten und konsequentesten Sozialisten, an Karl Marx, haben es viele unbegreiflich finden wollen, daß er die Beseitigung des Erbrechtes im Zukunftsstaat nicht laut und an erster Stelle proklamiert hat. Weniges Nachdenken genügt indessen, um einzusehen, daß von seiner Prämisse des Kollektivkapitals aus das Erbrecht an privaten Genußmitteln eine äußerst untergeordnete Bedeutung hätte. Selbst wenn heute die Sozialisten eine „Ablösung“ des Privatkapitals, nach Art der liberal-bürgerlichen Beseitigung des Feudalobereigentums, durchsetzen würden, könnten sie die Ablösungsschillinge frei vererben lassen; denn nur in Gestalt von Genußmitteln, nicht von Erwerbsmitteln, würde, wie schon im zweiten Abschnitt gezeigt ist, das Ablösungskapital oder die etwaige 20- bis 25 jährige Ablösungsjahresrente gegeben werden. Die Söhne der Millionäre würden dafür sorgen, daß in wenigen Generationen das vererbare Genußmitteleigentum der jetzigen Gelddynastien in enge Grenzen zurückkehren würde. Das Erbrecht hat eben nur so lange ein fettes Objekt — wenn der konkrete Ausdruck erlaubt ist —, als am Kapital (den Produktionsmitteln, den Rentenquellen) Privateigentum besteht; wäre dieses ausgeschlossen, so können nur bescheidene Hinterlassenschaften in Frage kommen, welche eine dem Sozialistenstaat gefährliche Ungleichheit des erblichen Privatbesitzes nicht herbeiführen würden. Es muß beinahe wundernehmen, daß die sozialistische Agitation gegen die Zumutung der Beseitigung alles Familien- und Testamentserbrechtes nicht längst lauter und feierlicher protestiert hat. Sie könnte, wie man sieht, von ihrem Prinzip aus aufrichtigst diesen Protest erlassen.

Nach demjenigen, was über die nationalökonomische Konsequenz des Sozialismus für das Gebiet des Haushaltes und der Konsumtion bemerkt worden ist, läßt sich leicht auch über seine Folgerungen für Familienleben und Ehe ein Urteil fällen.

Tatsächlich ist unter den heutigen Sozialisten, Ehe und Familie betreffend, der „freie“ Standpunkt, etwa gar bis zum Grad der „freien Liebe“, vielleicht da und dort anzutreffen. Bedenkliche Äußerungen und Andeutungen hierüber lassen sich anführen. Allein auch unter den Besitzenden und Gebildeten ist ja die „freie Liebe“, wie die „freie Religion“, theoretisch und sogar auch praktisch zum Teil weit verbreitet. Für den weiter ausblickenden Politiker ist daher nur dies die Frage, ob die Aufhebung der unlösbaren Ehe, der Familienerziehung und des Familienerbrechtes, prinzipielles Postulat des Sozialismus ist oder nicht. Diese Frage muß aber verneint werden.

Durch Beseitigung des Privateigentums an den Mitteln der kollektiven Produktion ist der weitgreifendsten Ungleichheit des Haushaltes, der Familienerziehung und des Erbvermögens bereits eine so energische mittelbare Schranke entgegengesetzt, daß gerade der Sozialistenstaat die individuelle Freiheit des Haushaltes, der Familienerziehung, der Unterhaltungsmittelvererbung ohne jede Gefahr zugeben könnte. Viel mehr als Schulzwang im heutigen Ausmaß wäre wenigstens nicht notwendig, so wenig wie die Fourieristischen gemeinsamen Speise-, Schlaf- und Spielsäle. Allerdings würde das heutige Küchen-, Reinigungs-, Beleuchtungs-, Heizungswesen schon deshalb anders organisiert werden müssen, weil das Gesinde — Hausflaven nennt es der Sozialismus — wegfiel und teils durch mechanische Einrichtungen, teils durch freie persönliche Berufsdienste ersetzt werden müßte. Wenn luxuriöse Privatküchen und Privatsalons undenkbar wären, so würde doch weder auf den privaten Tisch noch auf private Wohnung verzichtet werden müssen, und zu mechanischer Lösung der vielen jetzt dem Gesinde obliegenden Aufgaben wäre der Anstoß gegeben. Die Physiognomie des Hauses wäre eine andere: keine Privatpaläste und keine Wohnhöhlen wären da, aber privates Wohnen und geschlossenes Familienleben überhaupt wären mit nichten ausgeschlossen. Die sozialistischen Utopisten von heute würden sich gewiß auf größten Widerstand gegen freie Liebe usw. bei einer Bevölkerung gefaßt machen müssen, welche fast ausschließlich dem Niveau des heutigen produktiven Mittelstandes

gleichkäme. Die Neigung, Kinder, Gatten, Mütter, Väter, Verwandte sich vom Staate und den Schulmeistern nehmen zu lassen, wäre wohl mindestens eine ebenso geringe als heute bei dem arbeitenden Mittelstande. Contra naturam würden auch verschrobene Pädagogen, Libertins und andere Exaltados des Sozialismus nicht aufkommen, sondern die Köpfe sich einrennen, wie sich's gebührt! Allerdings das Wohnungswesen käme lokal in unmittelbarem Zusammenhang mit der Produktionsordnung, und die Beschäftigung der der Familie entbehrlichen Frauenarbeit fände ganz von selbst Platz. Täusche man sich also darüber nicht, daß gerade in Beziehung auf Reinheit des Familienlebens, Motive des Eheschlusses, Wohnungsreform, Frauenbeschäftigung usw. der nichtkommunistische Sozialismus eine sehr starke propagandistische Überzeugungskraft erlangen könnte, sobald er jene nicht seinem Prinzip immanenten tief irreligiösen und materialistischen Tendenzen ablegen würde, die er mit allen Klassen der Gegenwart teilt und so derb aus der Phantasie seiner ersten französischen *) Begründer nur vorläufig übernommen hat.

Nachdem wir die freie Eigenverwendung, Eigensparung und Privaterwerbung der Privateinkünfte erörtert haben, ist

3) die Frage zu erörtern, ob der Sozialismus auch die Gutschreibung von Ersparnissen zulassen, d. h. ob er das Spar- und Versicherungswesen im Wege der Leihe und des Kredits organisieren dürfte oder nicht, und im Bejahungsfall, wie er es grundsätzlich organisieren würde.

In dieser Beziehung ist sofort offenbar, daß die Übertragung von Ersparnissen in die Zukunft im Wege des verzinlichen Produktions- und Handelskredits schlechthin ausgeschlossen wäre. An Produktionsmitteln wäre kein Privateigentum zulässig: private Überlassung von Kapitalnutzung, daher der Zins als Preis der überlassenen Kapitalnutzung, hätte nicht Sinn und nicht Raum mehr.

Dagegen wäre in keiner Weise ausgeschlossen, bis zu gewissen Beträgen und Fristen Ersparungen in die Zukunft zu

*) G. Fouriers „Phanerogamie“ u. dgl.

übertragen. Was an Arbeitsverdienst nicht sofort bezogen würde, könnte im vollen Nennwertausmaß dem Ersparer für die Zukunft gutgeschrieben werden. Die heimfälligen und die neuangeschriebenen Ersparnisse und Versicherungskapitale würden sich im ganzen ziemlich decken, und eine Zerrüttung des Gesamthaushaltes müßte sich an diese Übertragung von unverzinslichen einfachen Naturalbezugrechten nicht knüpfen; ließe sich die Kollektivproduktion überhaupt organisieren, so ließe sich auch eine beschränkte Gutschreibung willkürlich oder terminlich fälliger Ersparnisse durchführen.

Die Konzentration größerer Einkünfte für Privat Zwecke (Reisen, Studien, Vereinsbestrebungen usw.) wäre daher prinzipiell keineswegs grundsätzlich ausgeschlossen, wie die Bekämpfer des Sozialismus gewöhnlich angeben und auch wir lange annahmen. Nur das Zinsnehmen und Zinsgeben wäre radikaler beseitigt, als es der kanonischen Buchergesetzgebung je gelang, und der Aristotelischen Anschauung, daß Geld „keine Jungen bekommen solle“, wäre gründlichst Genüge getan.

Endlich 4) die Möglichkeit und Freiheit des Schenkens an die Angehörigen, an dritte Private, Vereine usw. steht an sich mit dem Prinzip des Kollektivismus in keinerlei Widerspruch. Geselligkeit, Gastfreundschaft, Wohltätigkeit, freie Armenpflege, freie Verfolgung humanitärer, wissenschaftlicher, religiöser Interessen in Form von Vereinen wäre daher im Staate der gesellschaftlich organisierten Produktion vollkommen denkbar. Wir heben dieses nachdrücklich hervor, da man sich häufig damit beruhigt: der Sozialismus sei schon deshalb unmöglich, weil er mit dem Privateigentum auch alle individuell freie Bewegung für Zwecke der Forschung, Mildtätigkeit, Vereinsagitation, Altersversicherung aufhebe, weil er jegliche Übertragung der individuellen Bedarfe jeder Art ausschließe. In der Praxis eines despotisch-materialistischen Sozialstaates möchte diese Unfreiheit sich einstellen, eine unbedingte grundsätzliche Folge des obersten sozialistischen Prinzips ist sie nicht. An Private, Vereine, Korporationen, gesellige Vereine, selbst an Kirchen könnten ohne Verletzung des sozialistischen

Prinzips a Konto der Arbeitszeitguthaben von jedermann laufende Schenkungen gemacht werden.

Wir berühren noch einen Punkt besonders. Der heutige Sozialismus ist durch und durch irreligiös und kirchenseindlich. Er sagt, die Kirche sei nur eine Polizeianstalt des Kapitals und betrüge das Proletariat mit dem „Wechsel auf den Himmel“; die Kirche sei wert, unterzugehen.

Die Kirche, ja alle Religion ist von vielen Sozialisten fanatisch gehaßt und vielleicht nicht ohne Mitschuld der anderen Seite. Eine notwendige Folgerung aber des wirtschaftlichen sozialistischen Prinzips ist diese Tendenz nicht, wenigstens nicht gegenüber solchen Religionsanstalten, welche nicht mehr mit gegnerischen weltlichen Interessen und Klassen verbunden wären. Käme es in späterer Zukunft überhaupt zum Sozialismus, so wäre — das ist wahrscheinlich — die Unterhaltungsform des kirchlichen Lebens die der Ernährung durch freie Beiträge der Genossen jedes Religionsvereins. Übrigens wäre direkter Unterhalt der Kirche aus dem Nationaleinkommen, ihre finanzielle Behandlung als öffentlicher Anstalt immerhin möglich, obwohl nicht sehr wahrscheinlich. Jedenfalls als Vereinsanstalt könnte sie durch freie Beiträge ihrer Angehörigen fortbestehen. Diese letzte Unterhalts- und Einkommensform ergäbe sich wohl für viele außerstaatliche Anstalten zur Förderung geselliger, religiöser, wissenschaftlicher, technischer, politischer, sozialer Bestimmungen. Wir beschränken uns desfalls, einfach die wirtschaftlichen Konsequenzen zu konstatieren. Jede Prophezeiung darüber, ob die jetzt einerseits aus der Ehe mit dem liberalen Staat so mächtig herausgeworfene, andererseits bei der „roten Internationale“ gründlich verhaßte christliche Kirche oder „schwarze Internationale“ im sozialistischen Staat die Herzen beherrschen und beeinflussen würde, ist geradezu unmöglich. Eine die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Wirkens ermöglichende Unterhaltungsform derselben ist jedoch im Sozialistenstaat, wie gezeigt, nicht überhaupt undenkbar.

Auch Wissenschaft, Freundschaft, Humanität, Wohltätigkeit, Gemeinnützigkeit jeder Art hätten prinzipiell noch vollen Spielraum, wofür der Sozialismus bloß auf sein eigenstes Prinzip,

Verwirklichung des Kollektivproduktionsystems, beschränkt bliebe. Entgegenstehende Einwendungen mögen vollständig motiviert sein durch den Überwitz und die Frivolität jetziger Sozialisten. Dagegen aus dem volkswirtschaftlichen Prinzip, welches zum Mittelpunkt des Sozialismus mehr und mehr geworden ist und den Kern des sozialen Hauptkampfes der Zukunft, wie man jetzt glaubt, bilden wird, lassen sich diese Einwendungen nicht begründen. Möge man auch da von der gefährlichen Selbsttäuschung durch Windmühlengefechte endlich ablassen.

S c h l u ß.

Der „Untergang der höchsten und idealsten Güter der Zivilisation“ würde sich ganz gewiß an die wüßt demokratisch-kommunistische Realisierung des Sozialismus anknüpfen. Solcher Untergang müßte aber nicht die Folge einer Gestaltung sein, bei welcher die Streitfrage zwischen dem dritten und vierten Stande streng auf ihren volkswirtschaftlichen Kern beschränkt und die Weiterentwicklung auf der Bahn stückweiser Reform und innerhalb des Ausmaßes gesellschaftlich vorteilhafter Kollektivproduktion erhalten bliebe. Wir verweisen diesfalls nochmals auf die im Vorwort zur dreizehnten Auflage erwähnten kleinen Schriften.

Preisgekrönte Schriften der Großloge für Deutschland!

Menschenliebe Gerechtigkeit und Duldsamkeit als Grundpfeiler der menschlichen Gesellschaft

Vier Preisarbeiten von R. Richter, A. Messer,
P. Eberhardt und E. Wolfsdorf

Preis M. 2.—

„Ein Buch, das wie wenige gerade in der gegenwärtigen Zeit manchem ein Halt sein kann und denen, die wahres Menschentum nicht verleugnen, Zuversicht und neue Hoffnung geben wird.“
Frankfurter Universitäts-Zeitung.

Friedenspflichten des Einzelnen

Sechs Preisarbeiten von G. J. Plotke,
W. Jerusalem, J. Lewy, J. Elbogen,
M. Seber und M. Golde

Preis M. 5.35

„Wohlthuend berührt der menschliche Ton dieser Arbeiten, das stichtliche Streben, auch dem Gegner gerecht zu werden und den Nationalitätenhaß zu überwinden.“
Neue Zürcher Zeitung.

Friedenspflichten der Nationen

Vier Preisarbeiten von F. Halle, M. Seber,
A. Feilchenfeld und P. Messer-Platz

Preis M. 8.—

„Die vier Verfasser behandeln das Thema von ganz verschiedenen moralischen und technischen Gesichtspunkten aus, so daß ein vollkommener Überblick erreicht wird. In keinem geeigneteren Augenblicke als jetzt konnte das Buch erscheinen.“
Soeben erschienen: Akademische Rundschau.

Menschheitswerte und Völkerbund

Fünf Preisarbeiten von R. Schmidt, F. Halle,
A. Messer, L. Barthel und E. Kohn

Preis M. 18.—

Der Weltstaat als sittliche Notwendigkeit. — Welt-Werden und Mensch-Werden. — Friedensbrücken.

Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha

Beiträge zur Anbahnung eines friedlichen Völkerlebens!

Sobald erschienen:

Edgar de Melville

Vermittlung und gute Dienste in Vergangenheit und Zukunft

Preis M. 14.—

Der Verfasser ist ein bekannter holländischer Völkerrechtler. Er behandelt hier erstmalig ein bisher kaum gestreiftes, heute aber um so bedeutungsvolleres Gebiet aus der Geschichte: die verschiedenen Wege freundschaftlicher Vermittlung, die bei internationalen Streitigkeiten oder bei Kriegen von unbeteiligten Dritten eingeschlagen wurden, und findet dabei wertvolle Richtlinien für eine künftige Friedenspolitik. Dem Historiker, Juristen, Politiker und jedem Freunde der Völker-
verständnis ist das Buch mit seinem Anhang von 25 Aktenstücken eine Quelle der Belehrung.

Dr. Karl Strupp

Gegenwartsfragen des Völkerrechts

Das neue Reich, Heft 2 / Preis M. 2.70

„Wie soll das Völkerrecht wieder aufgebaut werden? Es ist dankbar zu begrüßen, daß Strupp, der in Deutschland zu den besten Kennern des Völkerrechts gehört und wie wenige den Weltensinn bemerkt, aus der Fülle seines Wissens Stellung zu diesem Problem nimmt. . . . Die Arbeit weiß ein glückliches Gleichgewicht zwischen heftigem Enthusiasmus und nüchternem Verständnis für das Erreichbare zu halten.“
Juristisches Literaturblatt.

Dr. Albert Leser

Vermittlung und Intervention

als völkerrechtliches Mittel zur Vermeidung eines Krieges

Eine völkerrechtliche Studie / Preis M. 4.—

„Mit großem Fleiß, der vor allem in der erfreulichen Literaturbeherrschung entgegentritt, und offenem Blick für Realitäten hat der Verfasser den spärlichen, bisher noch unbeschränkten Stoff in bemerkenswerter Weise zu formen verstanden und zur Erkenntnis völlig neuer Verwendungsmöglichkeiten jener Rechtsinstitute die Richtung gewiesen.“
Frankfurter Zeitung

Professor Dr. J. M. Bonn

Völkerbund und auswärtige Politik

Das neue Reich, Heft 10 / Preis M. 1.60

„Eine knappe, einflussreiche Darstellung der Aufgaben der auswärtigen Politik. Das Heft, die Niederschrift eines auf dem Kongreß der Westdeutschen Liga für Völkerbund gehaltenen Vortrags, in dem sich sonst eine Reihe brennender Fragen berührt werden, verdient gerade jetzt die weiteste Verbreitung.“
Süddeutsche Monatshefte.

Dr. Elias Hurwicz

Die Seelen der Völker

ihre Eigenarten und Bedeutung im Völkerleben

Ideen zu einer Völkerpsychologie / Preis M. 8.—

„Das Werk ist die Frucht ausgebreiteten Studiums und sorgfältiger Einkleidung. . . . leistet sehr schätzenswerte Dienste, und zwar nicht bloß für die Wissenschaft, sondern auch für die Taktik der Völkerverständigung auf Grund der Selbsterkenntnis der einzelnen Völker. Besonders ist die kritische Handhabung der Statistik. Das fesselnd geschriebene Buch wird niemand ohne großen Nutzen aus der Hand legen.“
Literarischer Handweiser.

Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha